

Überdeutscher Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Überdeutscher Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pf., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pf., auswärtige Anzeigen 35 Pf. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 238.

Mittwoch, den 10. Oktober 1917.

24. Jahrg.

Ein schwarzer Tag für die Regierung.

Biel schlimmer als der Sonnabend und erst recht als die Verhandlungen im Hauptauschuss am Montag für die Reichsregierung und Herrn Michaelis verlaufen waren, gestaltete sich die Reichstags-Sitzung am Dienstag. Die Interpellationsdebatte begann mit einer heftigen Rede Dittmanns und gleich darauf nahm der Reichskanzler das Wort. Er teilte die Zeitsache mit, die für die jogen. Aufklärungsarbeit im Heere bestehen und an denen ja wenig Verhängliches ist, wenn man nicht gerade darauf ausgehen will, Verhängliches zu finden. Aber Herr Michaelis beschränkte sich nicht darauf, sondern nahm einige scharfe Worte Dittmanns über gerichtliche Verfolgungen der unabhängigen Sozialisten und insbesondere über einen mit den schwersten Verurteilungen bedachten Kriegsgerichtsprozess in der Marine zum Anlass, um nun die Partei der Unabhängigen aus der Gleichberechtigung der politischen Parteien auszuschließen. Das gab den ersten Sturm, dem noch viele andere folgen sollten. Der Marinechef Admiral v. Capelle sah bereits mit Ästen und Protokollen über jenen Wilhelmshavener Prozess bereit und überraschte sogleich das Haus mit der Anklage, daß Haase, Dittmann und Vogtherr sich an jenen Vorgängen mit schuldig gemacht hätten.

Man findet alle Einzelheiten in dem Sitzungsbericht und sie brauchen deshalb hier nicht wiederholt zu werden. Genug, diese Beschuldigung wurde nicht nur von den Beschuldigten bestritten, sondern auch die Sozialdemokratische Fraktion und der Fortschrittler Haumann wiesen ihre Verallgemeinerung auf eine ganze Partei als einen Mißfall in die traurigen Zeiten vergangenen deutschen Lebens zurück. Der Zentrumsführer Trimborn machte sich gleichfalls die Capelle'sche Beschuldigung nicht zu eigen und gegenüber den Rufen Westarps und Mertins nach dem Oberreichsanwalt — es soll natürlich gleich Landesverrat sein — wurde vielfach die Meinung geäußert, daß, wenn eine Möglichkeit zur Anklageerhebung bestände, sie wohl schon ausgenutzt worden wäre.

Die vielstündigen Auseinandersetzungen liegen schließlich doch auch den Reichskanzler ahnen, was er getan und so waren seine Reden ein schrittweises Zurückgehen.

In seiner ersten Rede sprach er eine Art voller Zustimmung zur Friedensresolution des Reichstages aus — aber die Worte waren wiederum nicht so klar und eindeutig, daß aus ihnen nicht auch die anderen Mützen schlagen könnten. Diese Auffassung der ersten Kanzlerrede schien sich sogar im Laufe der Sitzung zu verstärken. Nur Herr Trimborn hatte Übereinstimmung mit der Reichstagsmehrheit festgestellt, dagegen erinnerte Haumann in seiner schönen Rede auch einmal an Herrn v. Bethmann-Hollweg und es war überaus bezeichnend, daß hierbei die Linke und das Zentrum in lebhaften Beifall ausbrachen.

Der Gang der Debatte brachte es mit sich, daß die Reden beider sozialdemokratischer Parteien in vieler Hinsicht zusammenklagen, wie sich denn auch beide Fraktionen, mit den Polen übrigens, bei der Abstimmung für das Mißtrauensvotum erhoben. Zwar wurde es abgelehnt — aber Vertrauen hat dem Reichskanzler niemand ausgesprochen. Wenn Herr Michaelis sich gleich am Anfang die Replik auf Dittmann erspart hätte, wäre der Verlauf ein ganz anderer gewesen. Sollte es wirklich so sein, daß der ganze Vorstoß unternommen wurde, um von der Tatsache abzulenken, daß das von Ebert mit kaum noch zu überbietender Entschiedenheit verurteilte Regieren des Herrn Michaelis in so zweifelhaftem Lichte dasteht?

Nach siebenstündiger Sitzung ging man noch zur auswärtigen Politik über.

Nach einer guten Rede des Zentrumsabg. Fehrenbach sprach Staatssekretär Kühlmann, der in seiner so unbürokratischen und weitgewandten Art und mit rühmlicher Klarheit feststellte, daß so ziemlich das einzige Friedenshindernis noch der französische Elsch-Wahn ist. So oft man Kühlmanns Reden hört oder liest, fragt man sich verwundert, warum dieser Mann nicht Reichskanzler ist, und man findet keine Antwort. — Eine ausgezeichnete Friedens-

rede Gradnauers beschloß den Tag, der mit einer zehnstündigen, ungemein inhaltsreichen Sitzung wieder einmal Abgeordnete und Presse, Stenographen und Beamte bis an die Grenze körperlicher Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen hat.

Am Mittwoch wird es nach den Absichten der hohen Parteiführer noch toller.

Dienstag, 9. Oktober.

124. Sitzung, Vormittags 10 Uhr.

Am Bundesratssitz: Helfferich, v. Capelle, Graf Koeborn, Waldow, Waltraf, Schwander.

Anfragen.

Abg. Albrecht (Unabh. Soz.) bemerkt, daß in den Werkstätten des Bekleidungsamtes in Magdeburg die eingezogenen Handwerker mit der Herstellung von Friedensuniformen beschäftigt werden und fragt, was der Reichskanzler tun will, um die nicht zu Kriegszwecken gebrauchten Handwerker vom Militärdienst zu befreien.

Generalmajor v. Oven: Nur während dreier Monate sind im ganzen 2560 Friedenszuführer aufgearbeitet worden, um Platz zu schaffen und weil die Lücke für die Kriegszuführer nur langsam eingingen. Jetzt hat dieser Zustand längst aufgehört, entlassen können wir von den Bekleidungsämtern niemand, wir brauchen die Arbeiter dort dringend.

Abg. Waldstein (Sp.) fragt nach dem Schicksal der bei der Besetzung Labors von den belgischen Truppen völkerrechtswidrig gefangen genommenen Zivilbevölkerung, die nach Frankreich überführt ist und dort in Konzentrationslagern festgehalten wird.

Ministerialdirektor Krieg: Auf der Reise von Afrika war diese Bevölkerung infolge der brutalen Willkür der belgischen Behörden schweren Drangsalen ausgesetzt. Sobald die deutsche Regierung Nachricht hiervon bekam, forderte sie die sofortige Freilassung der Gefangenen und drohte an, daß eine Reihe angelegener, im belgischen Kolonialdienst stehender Persönlichkeiten aus den besetzten Gebieten nach Deutschland gebracht werden würden. Da die Antwort der belgischen Regierung nicht genügte, ist das auch geschehen. Darauf trat die belgische Regierung in neue Verhandlungen unter Mitwirkung des Königs von Spanien ein. Sollten sie nicht zum Ziele führen, so würden wir vor weiteren Vergeltungsmahnen nicht zurückbleiben. Inzwischen hat die deutsche Regierung alles getan, um das Los der Gefangenen erträglicher zu gestalten.

Abg. Humm (D. Frakt.) wünschte eine schleunigere Verteilung des Einmachens und Beförderung der Judenverföhrung.

Unterstaatssekretär Froh, v. Braun: Es trifft nicht zu, daß Juden zurückgehalten wird. Für die Weinbereitung wird Zucker auch nur in sehr geringen Mengen hergegeben.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.) führt eine Reihe von Fällen unrechtmäßiger Kellamierungen seitens der Direktion eines Stahlwerkes an und wünscht die Verhinderung solchen Mißbrauchs.

Generalmajor Marquardt: Die angegebenen Vorgänge waren bisher nicht bekannt, Ermittlungen sind eingeleitet. Sollten Mißstände der bezeichneten Art festgestellt werden, so werden Maßnahmen zu ihrer Beseitigung getroffen werden.

Der Reichskanzler betritt den Saal.
Die Erörterung über die Interpellation der Sozialdemokraten betr. die behördliche Unterdrückung der alldeutschen Propaganda wird fortgesetzt.

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Durch die Verhandlungen im Ausschuss ist unser Urteil über das Verhalten der Regierung in keiner Weise geändert, vielmehr sind wir darin bestärkt worden, daß eine weitgehende Propaganda durch die Vorgesetzten im Heere betrieben worden ist und daß darin auch nichts geändert werden wird. Was General v. Stein und Dr. Helfferich am Sonnabend hier gesagt haben, kann nicht etwa ein lapsus linguae (fallender Jungensplatz) gewesen sein, sondern entspricht tatsächlich der Auffassung der Reichsregierung und deshalb wird auch die gestrige Bewachungsrede des Reichskanzlers im Auslande nur den Seiten der Unaufrichtigkeit, Zweideutigkeit, Unschärfe und Jähseligkeit erweisen. (Zustimmung bei den Unabh. Soz. — Unruhe bei den bürgerlichen Parteien. — Präsident Dr. Kaempf rief den Redner zum Ordnung.) Auch im Inlande werden durch die Rede des Reichskanzlers Empfindungen ausgelöst, die das Vertrauen des Volkes nicht heigern werden. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Wer einen Verständigungsfrieden will, muß verlangen, daß mit einem hörbaren Auf von der alldeutschen Propaganda abgerückt werde. Indem die Mehrheit das nicht tut, täuscht sie sowohl die Freunde eines Verständigungsfriedens als auch die Kriegsheer in unehrlicher Weise. (Unruhe bei den bürgerlichen Parteien. — Präsident Dr. Kaempf rief den Redner von neuem zur Ordnung.) Der Reichskanzler ist nicht von der Propaganda abgerückt, die im Heere gegen den Verständigungsfrieden getrieben wird, und zwar nicht von untergeordneten Stellen, sondern von den höchsten Kommandostellen. Die verlesenen Anweisungen, die von harmlosen Naturen für unbedeutlich gehalten werden, gehen nur bis zu den Divisionen herunter, die Ausführung liegt bei den unteren Offizieren, die in alldeutschen Empfindungen aufgewachsen sind. Der Redner führt eine große Reihe von Beispielen für die alldeutsche Propaganda in der Armee an. Und dabei wünschen 99 Prozent aller Frontsoldaten einen Verständigungsfrieden. (Lebh. Zust. bei den Unabh. Soz.)

Während die Verbreitung der alldeutschen Organe in der Armee gefördert wird, werden unsere Organe unterdrückt, die sozialdemokratische Gesinnung im Heer und vor allem in der Marine wird bestraft. (Hört, hört! bei den Unabh. Soz.) Langjährige Gefängnis- und Zuchthausstrafen sind verhängt worden lediglich wegen sozialdemokratischer Gesinnung lediglich wegen

der Werbung von Mitgliedern für die Unabhängige Sozialdemokratie. (Erneutes Hör, hört! links.) Ich frage den Reichskanzler, ob es wahr ist, daß annähernd 200 Jahre Zuchthaus deshalb verhängt sind, und daß sogar Todesurteile gefällt und Soldaten erschossen worden sind wegen ihrer sozialdemokratischen Gesinnung. (Lebh. Hör, hört! bei den Unabh. Soz.) Selbstverständlich hängen die Leute nur umso mehr an ihren verbottenern Organen, durch noch so schlimme Gewaltmaßregeln reißt man ihnen die politische Gesinnung nicht aus dem Herzen; auch nicht durch die Aufhängungen, die jetzt in der Armee wieder ihr Wesen treiben. Das Vorposteltum als Einrichtung der deutschen Armee! Höher geht's wohl nicht mehr. Das gleiche Recht, das wir haben, wird illustriert durch eine kriegsministerielle Verfügung, daß die Generalkommandos alle Pazifistenversammlungen verbieten sollen. (Hört, hört!) Die Versammlungen der Vaterlandspartei werden behördlich unterstellt, uns Unabhängigen Sozialdemokraten ist es überhaupt kaum noch möglich, eine Versammlung abzuhalten; die Alldeutschen dagegen fühlen sich vollkommen als Herren der Situation. Sie sind ja auch die wahren Machthaber. Unter Bethmann-Hollweg war wenigstens noch eine Strömung dagegen in der Regierung bemerkbar, unter Michaelis toben sie sich hemmungslos aus. Das ist der Fortschritt und die Neuorientierung. (Sehr wahr! bei den Unabh. Soz.) Die Regierung ist die Gesänge der Alldeutschen und der Militärs, sie würde sofort befristet werden, wenn sie dagegen aufträte. Oder ist Bethmann-Hollweg etwa nicht von den Alldeutschen und den Militärs gestürzt worden? Der Militarismus ist ja der Nährboden der alldeutschen Bewegung und soweit eine Schuld am Kriegsausbruch auf deutscher Seite liegt, kommt sie auf das Konto der Alldeutschen. (Präsident Dr. Kaempf: Sie dürfen nicht jagen, daß die Schuld am Kriegsausbruch auf deutscher Seite liegt!)

Von diesem nationalstolischen Geist haben sich alle Parteien mitreißen lassen und dadurch den Alldeutschen Vorschub geleistet. Auch die sozialdemokratische Mehrheit ist lange Zeit den Krieg gegangenen, daß die Grundlage des Friedens nur der Sieg sein könne. Nur wir Unabhängigen Sozialdemokraten sind von Anfang an für den Verständigungsfrieden eingetreten. Der Kampf gegen die Alldeutschen kann man nur führen, wenn man Front macht gegen diese Regierung von Gnaden der Alldeutschen. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Wer glaubt, mit dieser Regierung gegen die Alldeutschen kämpfen zu können, täuscht sich und andere. Darum ist mit jeder Vertuschungspolitik. Stimmen Sie deshalb unserem Mißtrauensvotum zu und nehmen Sie den Kampf gegen diese Regierung auf allen Gebieten auf. Wer sich einschließen will, mag sich durch die gestrigen Reden des Reichskanzlers beruhigen lassen. Aber die Stunde ist zu ernst für Selbsttäuschung. Es gilt rücksichtslosen Kampf für den Frieden und für die Demokratie und deshalb auch Kampf gegen die deutsche Reichsregierung. (Lebh. Beifall b. d. U. Soz.)

Präsident Dr. Kaempf: Sie haben vorher das Vorposteltum eine offizielle Einrichtung der deutschen Armee genannt, dafür rufe ich Sie nachträglich zur Ordnung.

Reichskanzler Dr. Michaelis: Der Abg. Dittmann ist der letzte, dem ich das Recht zugehe, über Agitationen im Heer und in der Marine zu sprechen. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts wird nachher auf seine Anfragen antworten und Mitteilungen machen, die die volle Begründung meiner Worte darbieten. Als ich von meiner Objektivität gegenüber allen Parteien und Richtungen sprach, machte ich den Zusatz, „Sofern sie nicht den Bestand des Deutschen Reiches und Staates gefährdende Ziele verfolgen.“ Die Partei der Unabhängigen Sozialdemokraten steht für mich jenseits dieser Linie. (Große Erregung bei den Unabhängigen Soz. Lebh. Bravorufe rechts. Erneute stürmische Zurufe b. d. Unabh. Soz. Abg. Geper (U. Soz.) rief: Jetzt wissen wir, wer Sie sind!) Der Kriegsminister und ich haben gestern im Ausschuss auseinandergesetzt, in welcher Weise die Aufklärungsarbeit im Heere betrieben wird. Daß Aufklärung für die Soldaten unbedingt erforderlich ist, daß eine geistige, eine sittliche Fürsorge für die Soldaten im Felde ein dringendes Bedürfnis ist, unterschreiben alle, die die Verhältnisse draußen kennen. Auch die Soldaten selbst erkennen das dankbar an. Der ganze Aufklärungsdiens ist einheitlich organisiert. Der Kriegsminister hat die für ihn geltenden Vorzüge gestern mitgeteilt, und diese haben bei der Mehrzahl der Auszubildenden die Heberzeugung geschaffen, daß das, was geplant ist, und geschieht, durchaus zum Segen gereichen muß. Die wesenlichsten Gebiete der Aufklärung sind: Die Ursachen des Krieges, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, die Bedeutung eines verlorenen Krieges auch für die deutschen Arbeiter, die Gesamtgröße unserer bisherigen Erfolge rechtfertigt die Hoffnung auf den Sieg. Siegesbemühungen, Pflichttreue und Mohnestolz sind zu fördern, die Entscheidung ist zu unseren Gunsten gefallen, es gilt, sie endgültig zu sichern. Notwendigkeit und Bedeutung der Führung auf allen Gebieten, daraus Notwendigkeit der Autorität einerseits, der Unterordnung andererseits; Schwierigkeiten der Wirtschaftslage sind vorhanden und anzuerkennen, besonders in der Heimat, sie werden aber mit Sicherheit überwunden; Notwendigkeit der Lebensmittelförderung und Rohleneinteilung; Fehler sind früher selbstverständlich aus anfänglicher Unkenntnis der zu bewältigenden Aufgaben gemacht worden, kleinere Härten bleiben unvermeidlich; Jedem Ausgleichung der Verteilung zwischen Stadt- und Landbevölkerung; Verwerflichkeit des Kriegswunders; das eigene Ich muß vor dem gemeinsamen großen Ziel zurücktreten; Streiks gefährden den Sieg und kosten das Blut der Truppen; Aufführung darüber, daß unsere Gegner, wenn sie den Krieg als aussichtslos aufgeben müssen, versuchen werden, uns die Früchte unseres militärischen Sieges zu entreißen und unsere wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit zu erschöpfen. Es muß jedem Soldaten klar gemacht werden, daß wir auch da bereit sein müssen, den Kampf um unser Kriegsziel, das heißt die Sicherstellung der Zukunft auszunehmen. Volk und Heer muß bis zum endlichen Friedensschluß in voller Stärke und Eumütigkeit hinter den Führern des Reiches stehen.

Diese Gegenstände der Aufklärung sollen erreicht werden durch Vorträge, Unterhaltungsabende, Theateraufführungen, Kinos, Anzeigen, Feldpredigten, Feldbüchereien, Feldbuchhandlungen. Die Feldgrauen sollen dadurch einen gewissen Ersatz für die Heimat bekommen. Die Soldaten danken dafür der Obersten Heeresleitung und allen denen, die daran mitarbeiten. Die ganze Organisation und ihre Arbeit steht im Dienst der Heimat und der Heimat von der sie unablässig Wirkung. (Lebh. Zustimmung.) Die neuesten Ordern der Obersten Heeresleitung betonen ganz besonders scharf, daß diese ganze Tätigkeit mit politischen Fragen nicht in Verbindung gebracht werden soll. Es handelt sich um vaterländischen Unterricht, wie wir ihn auch im Frieden zur Vertiefung der Vaterlandsliebe gehabt haben. Die Erörterungen über Kriegsziele werden an sich nicht Gegenstand des vaterländischen Unterrichts sein. Selbstverständlich wird gegen die Tendenz, die der Feldmarschall will, daß Politik nicht hineingetragen werden soll, verfahren, aber der Kriegsminister hat ausdrücklich erklärt, daß in solchen Fällen Remedur geschaffen wird. Es wird darüber gewacht werden, daß der vaterländische Unterricht nicht zu Mitteln politischer Beeinflussung benutzt wird. Uebergriffe werden geprüft und nicht geduldet werden.

Inbezug auf die Beamten, denen unzulässige Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei vorgeworfen wird, habe ich die allgemeinen Grundzüge auseinandergesetzt. Beamte haben das Recht politischer Gesinnungsfreiheit. Sie können jeder Partei beitreten unter der Voraussetzung, daß sie keine Bestrebungen verfolgen, die den Bestand des Deutschen Reiches und Preußens gefährden. — Eine Beeinflussung seitens eines Vorgesetzten gegen nachgeordnete Beamte, um sie zum Anschluß an eine bestimmte Partei zu veranlassen, ist unbedingt unerlaubt. Diese Bestimmungen gelten für alle Parteien.

Wenn wir diese Ziele innehalten, werden wir selbstverständlich auf einen gangbaren Weg des beiderseitigen Wirkens kommen. Wir würden sehr viel weiter kommen, wenn auch diejenigen, welche die Friedensresolution vom 19. Juli bekämpfen, dieser Ausdehnung gerechter würden. (Zustimm.) Wir müssen die Ziele in der Umgebung in ihrem positiven Sinn verstehen, in ihrer kraftvollen Seite. Wir müssen uns klar machen, was darin enthalten ist und unterstreichen, was dort gesagt ist. Das Deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausbleiben und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das Deutsche Reich unüberwindlich. Mit Zustimmung des Reichstages habe ich am 19. Juli die Ziele so umschrieben: Wir müssen die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und Uebersee garantieren. Wir müssen es davon sichern, daß sich der Bund unserer Gegner nicht zu einem wirtschaftlichen Zerbröckeln auswähle.

Wir können in diesem Rahmen einen Frieden durchsetzen, der dem Krieger den Lohn seiner Scholle gewährleistet, der dem Arbeiter Lohn und Verdienst und die Grundlagen sozialer Aufschwüngen gibt, der der Industrie Absatz verschafft, der unsere Schiffe wieder frei ausfahren und Waren in aller Welt einnehmen läßt, einen Frieden breiter, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, einen wirklichen Frieden der Kraft. (Lebh. Beifall.) Solange unsere Gegner uns mit Forderungen gegenüberstellen, die jedem einzelnen Deutschen als unannehmbar erscheinen, solange unsere Gegner an den schwarz-weiß-roten Fäden rütteln wollen, solange sie fordern, daß wir vom deutschen Lande etwas geben sollen, solange sie den Gedanken verfolgen, zwischen das deutsche Volk und den Kaiser einen Keil zu treiben: Solange werden wir unsere Friedenshand in den verstorbenen Armen. (Lebh. Beifall.) Wir warten ab, wir können warten, die Zeit läuft für uns. Bis die Feinde einsehen, daß sie diese Forderungen zurückstellen müssen, solange müssen die Kanonen und die U-Boote ihre Arbeit tun. (Beifall.) Und unser Friede wird doch kommen. (Stimm. Beifall.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle: Ich muß Ihnen die traurige Tatsache mitteilen, daß die russische Revolution auch einigen wenigen Leuten an Bord unserer Flotte die Köpfe verwirrt und revolutionäre Ideen in ihnen gezeugt hat. Der wahnsinnige Plan dieser wenigen Leute ging dahin, auf allen Schiffen Vertrauensmänner zu werben, um die ganze Mannschaft zur Gehorsamsverweigerung zu verleiten. (Lebh. Stimm. Beifall.) und um auf diese Weise eventl. unter Anwendung von Gewalt die Flotte lahmzulegen und den Frieden zu erzwingen. (Militärrecht.) Es ist Tatsache, daß diese Leute Beziehungen mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei gehabt haben. (Stimm. Beifall.) Diese Leute sind nicht zu erzwingen. (Militärrecht.) Ihre erste Pflicht war, das Eindringen des versprochenen Agitationsmaterials der Unabh. Soz. in die Flotte möglichst unmöglich zu machen. (Bravo! rechts.) Ich habe daher die zuständigen Kommandobehörden ersucht, die Bekämpfung dieses Agitationsmaterials in der Flotte mit allen Mitteln zu verhindern. (Bravo! rechts.) Ueber die weiteren Vorgänge in der Flotte kann ich mich hier nicht aussprechen. Einige wenige ehr- und pflichtbewusste Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. Die unzulässigen Gerüchte sind jedwachen Maßes übertrieben. Die Schlagfertigkeit der Flotte ist auch nicht einem Moment in Frage gestellt worden und so soll es auch bleiben. (Lebh. Bravo rechts.)

Herr Dr. David (Soz.): Es fällt mir schwer, zu glauben, daß die außerordentlich schwere Aufgabe, die der Staatssekretär gegen Mitglieder dieses Hauses vorgetragen hat, in dem Sinne begründet wäre, wie es der Staatssekretär ausgesprochen scheint. Ich möchte mich auch die Angehörigen hören und vorher die größte Zurückhaltung üben.

Der Reichstagspräsident hat erklärt, er betrachte die Unabhängigen Sozialdemokratische Partei als jenseits der Grenze der Parteilichkeit in seinem Sinne stehend. Er war wohl dabei beabsichtigt durch das, was wir eben gehört haben. Wir müssen jedenfalls für jede Partei, wie für die Gesamtheit aller Staatsbürger, volle parteiübergreifende Gleichberechtigung auch in der Behandlung seitens der Behörden verlangen. (Bravo.) Sind Handlungen nachweisbar, die gegen die Befehle des Staats verstoßen, so fallen die, die sie begangen haben, selbstverständlich unter diese Befehle. Danach ist keine Partei ausgenommen. (Sehr richtig!) Aber im Rahmen der allgemeinen Befehle haben die Angehörigen aller Parteien das Recht der gleichen Bewegungsfreiheit. (Sehr richtig!) Daß eine Politik der Ausnahmebehandlung, der Ausnahmegerichte, keine gute und kluge Politik ist, hat der größte Vorgesetzte des Reichstages, Herr v. Bismarck, gegenüber der deutschen Sozialdemokratie schon längst festgestellt bekommen. In jedem Fall ist es prinzipiell zu verwerfen und außerdem politisch unzulässig. Gegenüber dem Appell des Abg. Dittmann an unsere Partei bemerke ich, daß wir seiner Katholikerei nicht bedürftig sind. Wir sind überzeugt, daß unsere Politik die richtige war im Interesse des Volkes und speziell im Interesse der deutschen Arbeiterklasse. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es gibt Kriegswunden, die heilbar sind, die heilbar sind, solange uns die Gewalt der Feinde verschont. (Sehr richtig!) Die sozialen Kriegsbedingungen werden bewiesen, daß die breite Masse der Arbeiterklasse Verständnis für unsere Politik hat. (Zustimm. bei den Soz.) Herr v. Bismarck hat uns vorwärts, wie wir schon verstanden, gegen die Unabhängigen Sozialdemokraten, so daß wir uns nicht scheuen, dem entgegenzutreten, daß der allwissende Propaganda von ihnen solchen Schaden nachteilig gebracht wird. Das Äußerste konnte wir natürlich den Unabhängigen nicht verbieten, daß haben wir kein Recht. Die Gefahr über die Vaterlandspartei hat diese Ereignisse augenfällig gemacht. Die Sozialdemokraten haben die Unabhängigen, insbesondere die

Vaterlandspartei. (Sehr wahr!) Die Methode ihrer Propaganda wird wieder groß beachtet durch die Art, wie die „Deutsche Tageszeitung“ über unsere Sonnabend-Sitzung berichtet. Da schreibt der Bekannte E. R.: „Die Behandlung der Interpellation durch die Vertreter der Hungerfriedensmehrheit kann kurz und treffend bezeichnet werden als eine Demonstration gegen die Wahrheit und ihre Verteidigung. (Hört, hört! bei den Soz.) Dasselbe Blatt unterschlägt seinen Lesern einmal die ganze Rede des Abg. Haas und außerdem den Teil der Rede des Abg. Benda, der die Fülle von Anklagematerial, entwirrt vollständig. Trotzdem hat es die Stirn, zu behaupten, die Interpellation war eine Demonstration gegen die Wahrheit. (Hört, hört!) Das ist ein Mangel an Wahrheit und Gewissen, der sehr stark ins Pathologische hinausreicht. (Sehr wahr!) Das Wort von der Hungerfriedensmehrheit schreit Graf Reventlow nicht weniger als 17mal in diesem Eigenartikel ins deutsche Volk. Man hat mir vorgeworfen, daß ich in einem Artikel scharfe Worte gegen die Alldeutschen gebraucht hätte. Mein Artikel war aber die Antwort gegen eine Resolution, die in der Ortsgruppe Berlin des alldeutschen Verbandes gefaßt worden ist und in der es u. a. heißt: „Es gibt mit dem inneren Feind — damit ist die Reichstagsmehrheit gemeint — so wenig einen Verteidigungsfrieden wie mit dem äußeren. Ein fester Griff mit eiserner Faust tut not, aber der wird auch Wunder wirken.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Kann man innerpolitische Kämpfe mit infameren Mitteln treiben und verhängnisvoller die Einheit des Volkes zerstören. (Sehr wahr! bei den Soz.) Mir ist nicht bekannt geworden, daß die Zensur oder irgend eine andere Stelle hier eingeschritten wäre. Als dagegen der „Vorwärts“ meine Erwiderung brachte, wurde ihm das Verbot angedroht, wenn er ähnliches noch einmal bringe. (Hört, hört!) und die Verbreitung meines Artikels in der Provinz wurde überhaupt untersagt. Es ist zweifellos, daß die deutsche Vaterlandspartei begründet ist als Rahmenorganisation für den kommenden Wahlkampf. (Sehr wahr! links.) Die Ein-

von Berger im Auftrag der Obersten Heeresleitung gehalten. Der Redner trägt weiter eine Reihe von Einzelfällen vor, als Beweis dafür, daß alldeutsche Politik im Heere tatsächlich betrieben wird. Ein höherer Offizier hat zu seinen Soldaten von der Reichstagsmehrheit als Lumpen gesprochen und gesagt: „Ich sehe nicht an, diese Bande für Gesindel und Landesverräter zu erklären; sie gehören vor ein Kriegsgericht, handrechtlich erschossen soll man sie. (Hört, hört!)“ Ueber das Wort Frieden auspricht, ist ein Schuß, ich habe in meiner Familie verboten, daß das Wort gebraucht wird.“ Als in einem Regiment die Aufforderung zum Beitritt zur Vaterlandspartei sehr wenig befolgt wurde, ließ der Hauptmann die Leute antreten und jeden einzelnen nach dem Grunde fragen, warum er nicht beitreten wolle. Die Mehrzahl hat dann aus Angst unterzeichnet. (Hört, hört!) Was muß ein solches Vorgehen für Folgen im Heere haben! Glauben Sie, daß da nicht eine Gegenbewegung einsetzt? Die Soldaten müßten ja alle Dummköpfe, Feiglinge und Gesinnungslumpen sein, wenn dadurch die Erbitterung nicht lawinenartig anwuchs. Sobald politische Dinge zur Sprache kommen, muß das Vorgesetztenverhältnis aufhören. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Parteigegensätze, die die Leute draussen vergessen sollten, werden so aufgerissen und ihnen aufs schmerzhafteste zum Bewußtsein gebracht. Will man draussen auflären lassen, so lasse man die Presse aller Parteien zu. Aber auch darüber habe ich die bittersten Klagen gehört. Die Vaterlandspartei baut sich auf dem Wahnglauben auf, man könne mit rein militärischen Mitteln diesen Krieg zur Entscheidung bringen. Daß der U-Boot-Krieg uns den vierten Kriegswinter nicht ersparen wird, steht heute schon fest. Wenn die Reichstagsmehrheit wirklich einen Verständigungsfrieden wollte, so wäre das doch merkwürdig, wenn unsere Gegner nicht sofort darauf eingingen. In Wahrheit liegt es so, daß sie unser Friedensangebot abgelehnt haben, weil sie selbst noch nicht zum Verständigungsfrieden überreife sind. Die Resolution vom 19. Juli hat in den Erbteiländern die Friedensstimmung befestigt. Darin besteht überhaupt die einzige Möglichkeit, den Krieg abzukürzen. (Sehr richtig!), während die Herausstellung von Eroberungs- und Verschmelzungsplänen die Kriegseigenschaften bei den Gegnern aufpeitschen muß. Somit sind die Alldeutschen mit ihrer Politik geradezu eine Hilfsarmee des feindlichen Auslandes. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Angst vor einem vorzeitigen Frieden ist ja leider, leider unbegründet. Wenn aber der neue Kriegswinter und das vierte Kriegsjahr mit keinem fürchterlichen Jammer und Glend, seinen Hebatomben von Menschenblut überhandnehmen werden soll, so kann das deutsche Volk die Kraft zum Durchhalten nur durch feste Ueberzeugung erhalten, daß der Feind uns zur Verteidigung des Vaterlandes, seiner politischen Unverletzlichkeit und seiner Lebensbedingungen zwingt, daß es nicht von uns abhängt, Frieden zu schließen. Nur die Ueberzeugung, daß die Schuld für die Verlängerung des Krieges ausschließlich bei unseren Feinden liegt, gibt uns die Kraft zum Durchhalten, bis man auch bei unseren Feinden einsetzt, daß eine militärische Entscheidung gegen uns unmöglich ist, daß es unmöglich ist, uns einen imperialistischen Frieden aufzuzwingen. Mögen die Herren von der Regierung sich hüten, den Verdacht auf sich zu laden, als ob sie für Ziele Krieg führen wollen, die unerreichbar sind und wenn sie erreichbar wären, zum Unheil ausschlagen müßten, weil sie zu einem lebenden Kriegszustand führen würden, zunächst zu ungeheuren Mähtungen. Dieser Friede der Alldeutschen wäre in der Tat ein Hungerfrieden. (Sehr wahr!) Wenn sie sich gegen eine Neuordnung im Innern angeblich während des Krieges wenden, so wollen sie die Neuordnung auch nach dem Kriege nicht. Es sind ja dieselben Herren, die in den ersten Kammern gegen die Reform des Wahlrechts Sturm laufen. Herr Rapp, der für ein öffentliches Pluralwahlrecht in Preußen eintritt, ist einer der Hauptkämpfer der Vaterlandspartei — für diejenigen, die von den Bergewaldungen der beherrschenden Agitation im Heer und in der Heimat betroffen werden, sind wir selbstverständlich jederzeit bereit, einzutreten. Aber sie selbst haben auch die politische Manneszucht der Selbsthilfe und Gegenwehr und können sich dabei auf die Erklärungen des Reichstages stützen. (Zustimm. bei den Soz.) Dem unheimlichen Ideal der Alldeutschen, dem Ideal der Untertänigkeitsgesinnung, des demütigenden sich Fügens und Duldens vor Annahmungen und Uebergriffen setzen wir das Ideal des aufrechten deutschen Mannes, das Ideal der freien eberrbürtigen Persönlichkeit entgegen. Wir wollen Deutschland frei wissen, frei vom Ausland und frei auch im Innern. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Deutschland muß leben!

Unfrei Feinde wollen den Frieden nicht. Darum bleibt uns keine Wahl. Wir müssen weiter aushalten, weiter durchhalten. Keiner darf jetzt müde, keiner mürrisch werden, keiner auf halbem Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„D u r c h!“
Draußen mit den Waffen, drinnen mit dem Gelde, die Jungen mit ihren Leibern, die Alten, die Frauen, die Kinder mit Hab und Gut. Alles für alle! So bereiten, so erwarten, so verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

heit für den Verständigungsfrieden, die sich gebildet hatte, soll dadurch in allen Parteien zerfallen werden. (Sehr wahr! links.) Das heißt mit dem Bürgerfrieden schändlicher treiben und das, was wir so teuer nötig haben, den Zusammenhalt bis zum guten Ausgang des Krieges, unmöglich machen. (Sehr wahr! links.) Die Behauptung, die Vaterlandspartei sei gar keine Partei, ist demagogische Redensart. In der Tat ist es eine Partei mit ganz bestimmten Parteiziele: es gehören zu ihr alle, die noch keinen Frieden wollen und weiter alle, die keine Neuordnung im Innern wollen, also die Kriegsverlängerer und die Reaktionsäre. Herr v. Graf meinte, die Partei komme aus den Tiefen des Volkes. Das heißt man schon aus den Namen der Gründer Herzog Albrecht von Preußen usw. (Sehr gut! bei den Soz.) Nein, es ist die ausgesprochene Partei der oberen Zehntausend, und sie vertritt über den großen Einfluß, den diese haben. (Sehr richtig! links.) Diese oberen Zehntausend gehören zu den Leuten, die unter dem Kriege am wenigsten leiden und am meisten Angst haben vor Reformen im Innern. Während draussen das Blut der Angehörigen aller Parteien sich mischt im Kampfe für die Verteidigung des gemeinsamen Landes, haben diese Leute die Stirn, sich als die einzig wahren Deutschen und die Willkür, die nicht so wollen, wie sie, als Landesverräter zu bezeichnen. (Hört, hört!) Und eine solche Partei wird von den Behörden geschützt. Seit gestern abend haben wir darüber neues wichtiges Material bekommen. In einem Vortrag, den ein Oberst von Berger dem Chef des Generalstabes Generalmajor v. Bismarck 5 zur Information für Offiziere, die diesen Postenamt in Heere verlassen wollen, erhalten hat, heißt es ungefähr folgendes: Bisher bestand der Grundsatz, keine Politik ins Heer zu tragen. (Hört, hört! bei den Soz.) heute aber hat Heer und Volk langweilige Befehle bekommen: die Gelegenheit auf das Volk und Heer zu wirken, wird nie wieder in dem Maße kommen, wie sie heute gegeben ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Not der Zeit fordert, daß sie ausgenutzt wird.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Eine Diskussion nach den Vorlesungen soll nach dieser Information absolut ausgeschlossen sein. (Hört, hört!) Einmal, sagt Herr von Berger, widerspricht das zu sehr der militärischen Disziplin und dann werden die wenigsten Aufmerksamkeiten so geübt sein, daß sie die nötige Geschäftfertigkeit haben. (Heiterkeit und Hört, hört! bei den Soz.) Gegenüber der Behauptung des Reichstages, daß über Kriegssiege bei den Vorträgen nicht gesprochen werden soll, stelle ich mir, daß Herr von Berger in einem Vortrag u. a. sagt: „Man muß dem gewöhnlichen Mann klar machen: Wenn ich einmal nach einem deutschen Frieden unsere Feinde erschüt habe, und es gelänge sie, einen erneuten Eroberungsversuch zu unternehmen, so darf der deutsche Arm und das deutsche Gewehr nicht wieder gelahmt werden, wie es 1914 durch Belgians zerschmetterte Lage und Feind-

Abg. Haase (U. Soz.): Ich habe keinen Anlaß, über unsere politische Tätigkeit irgend ein Dunkel zu lassen. Der Matrose, von dem der Staatssekretär v. Capelle sprach, hat zwar in unserem Fraktionszimmer mit mir eine Unterredung gehabt, mir jedoch nicht einen solchen Plan zur Ablehnung der deutschen Flotte vorgebracht. Einen Beweis für das Gegenteil wird der Staatssekretär nicht vorlegen können. Defens haben mich Matrosen und Angehörige des Landheeres im Reichstage aufgeführt und mir Beschwerden über Mißstände, namentlich Klagen über unwürdige Behandlung vorgebracht. Auch der betreffende Matrose hat bittere Klage geführt und von der starken Unzufriedenheit der Matrosen gesprochen und ihren Mangel an geistiger Nahrung, dem zum Teil durch zahlreiches Abonnement auf die unabhängige sozialdemokratische Presse abgeholfen sei. Ihr Plan sei, sich weiter fortzubilden und in Zukunft in dem Maße auch politische Unterhaltungen zu pflegen. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß das an sich zwar erlaubt sei, aber unter den besonderen Bedingungen, unter denen er lebt, habe ich ihn zur Vorsicht gemacht. Ich bin es dem Andenken dieses Matrosen schuldig, hier zu erklären, daß er den Eindruck eines rechtschaffenen, ehrlichen jungen Mannes machte, und daß ich auf das tiefste erschüttert war, als ich hörte, daß er wegen der Verfolgung seiner politischen Ideale den Tod hat erleiden müssen. Der Staatssekretär sprach auch von der Einwirkung der russischen Revolution auf den Matrosen. Die Sozialdemokraten aller Richtungen haben öffentlich im Reichstage und in der Presse den russischen Revolutionären ihre Sympathie und Begeisterung ausgesprochen. Diese Revolution, das größte Ereignis dieses Jahrhunderts, mußte auf alle nach Freiheit lebenden Menschen einen tiefen Eindruck machen. (Lebh. Bravo! b. d. U. Soz.) Der Zweck der Ausführungen des Staatssekretärs ist klar: Es kommt darauf an, das rote Tuch zu schwenken, um den Blod zusammenzuführen zur Verteidigung dieser unglücklichen Regierungspolitik. Die Erklärung des Reichstages, mich und meine Freunde außerhalb der Befehle zu stellen, hat mich nicht überrascht, wir haben sie von Beginn des Krieges an erwartet. Diese Erklärung beweist nur, daß er und seine Anhänger nicht mehr wissen, wie sie aus dem Glend dieses Krieges herauskommen sollen. Wir kennen diese Töne aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Freilich klangen sie von seinen Lippen nicht so frisch wie seinerzeit im Munde des Herrn v. Putschammer. Es war aber Geist vom Geiste Puttkammer's und wie dieser und auch ein größerer, Bismarck, Schiffsbruch erlitten hat mit dieser Politik, so wird es auch dem Reichstagsminister Mißtrauen ergehen, während wir und unsere Anhänger im Lande weiter bestehen und an Zahl zunehmen werden. (Lebhafte Beifall bei den U. Soz.)

Abg. Bogherr (U. Soz.) betont ebenfalls, daß es sich bei meinen Unterhaltungen mit dem betreffenden Matrosen lediglich um die Entgegennahme von Klagen über Mißstände gehandelt habe. Dieses Recht der Entgegennahme von Klagen werde er sich nicht verweigern lassen, das sei sogar Pflicht und Schuldigkeit der Abgeordneten.

Abg. Dittmann (U. Soz.) schließt sich den Erklärungen der Abg. Haase und Bogherr auch für seine Person an. Mit dem Einverständnis des roten Tuches wolle man Stimmung gegen die Unabhängigen Sozialisten machen; man werde sie aber nicht abhalten, ihre Pflicht zu tun, zur Herbeiführung des Friedens und zum Wohle der Gesamtheit. (Beifall b. d. U. Soz.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Capelle: Nach der in den Akten befindlichen Angabe des betreffenden Matrosen hat er den Abgeordneten im Fraktionszimmer der Unabhängigen Sozialdemokraten seinen Plan auf Ablehnung der Flotte vorge-

tragen und sie haben ihn ganz begeistert aufgenommen. (Sehr gut! links.)

Abg. Haase (U. Soz.): Das ruft jemand, der nicht dabei war! Sie haben ihn weiter nach der alten Art...

Abg. Trimborn (Str.): Der Reichsanwalt hat sich heute Klipp und klar auf den Boden der Resolution vom 19. Juli gestellt...

Abg. Ebert (Soz.): Ich habe namens meiner Freunde eine Erklärung zu dem Vorgange abgegeben, der vorher im Hause mit Recht großes Aufsehen erregte...

Abg. Dr. Stresemann (Natl.) erklärt namens seiner Freunde: Die gegen die Unabhängigen Sozialisten erhobene Anklage hat in uns den Eindruck erweckt...

Abg. Naumann (Zp.): Es hat uns gewiß auf das tiefste erschüttert, daß junge kräftige deutsche Mannschaften von unserer Flotte...

Der amtliche Kriegsbericht.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Auf dem Schlachtfeld in Flandern traten gestern neben 11 britischen Divisionen wieder französische Truppen in den Kampf.

Die gewaltige Kraftanstrengung der beiden verbündeten Westmächte erschöpfte sich in tagsüber während dem Ringen an der Standhaftigkeit unserer Flandernkämpfer.

Die morgens nach stärkstem Krommelfeuer vorbrechenden Angriffe bildeten die Einleitung zur Schlacht, die sich bei ununterbrochen gesteigerter Artilleriewirkung bis tief in die Nacht in fast 20 Kilometer Breite auf den Trichterfeldern zwischen Bizchoote und Gheluweld abspielte.

Die Gegner warfen immer neue Kräfte in den Kampf, die hier sowie an einzelnen Stellen bis zu sechs Malen gegen unsere Linien anrückten.

Südlich des Houthousterwaldes gewann der Feind bei Draibant, Mangelaire, Veldhoef und am Bahnhof von Boelkapelle etwa 1500 Meter an Boden, bis ihn der Gegenstoß unserer Reserve traf und seinen Anmarsch erfolg beschränkte.

Von Boelkapelle bis südlich von Gheluweld haben unsere tapferen Truppen ihre Kampflinien fest in der Hand. Wiederholte feindliche Angriffe gegen diese 13 Kilometer breite Front sind sämtlich unter den schwersten Verlusten zusammengebrochen.

Bei den anderen Armeen war die Gesichtstätigkeit gering, nur an der Aisne verstärkte sich der Feuertampf. Südlich der Straße Laon-Soissons vorstoßende französische Kompagnien wurden abgewiesen.

Westlicher Kriegsschauplatz. Keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front. Südwestlich des Doiran-Sees warfen die Bulgaren mehrere englische Abteilungen, die nach längerer Artillerievorbereitung angriffen, zurück.

Der Erste Generalquartiermeister: Zubardoff.

den selbst den Appell an die Immunität in einem solchen Falle nicht zu erheben wagen. Aber dann wäre der Reichsanwalt auch längst gekommen mit der Forderung an den Reichstag, die Immunität aufzuheben und Strafverfolgung zu ermöglichen.

Ich komme dann mit einigen Ausführungen zurück auf die Interpellationsdebatte. Der Kriegsminister meinte, der Abg. Landsberg hätte nur wenig Material vorgetragen. Das ist für jemand, der nur mit Quantitäten zu rechnen gelernt hat, verständlich. (Sehr gut!)

Abg. Landsberg hätte nur wenig Material vorgetragen. Das ist für jemand, der nur mit Quantitäten zu rechnen gelernt hat, verständlich. (Sehr gut!)

Heute abend
Rundgebung für Frieden und Freiheit
in der Stadthalle.
Niemand fehle! Saalöffnung 7 Uhr.

geschaffen, mit der macht ler keine Politik. (Sehr gut! links.) Von Ende 1914 an bereits hatten wir zwei gegeneinander kämpfende Regierungen, die Regierung Bethmann und die Regierung Tirpich. (Sehr wahr! links.)

Reichsanwalt Dr. Michaelis: Aus der Darstellung des Abg. Dittmann konnte man entnehmen, daß die von ihm angeführten Strafen, Zuchthausstrafen über 200 Jahre und sogar Todesstrafe, übertrieben hart und ungerecht gewesen wären.

(Schluß des Berichtes in der Beilage.)

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 10. Oktober.

Hocherfreut

sind die „Lübeckischen Anzeigen“, das hiesige Organ der alldeutschen Vaterlandspartei, über das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen, welche die amtliche Förderung dieses neuesten annexionsistischen Parteigebildes zum Gegenstand hatten.

Kartoffeln.

Durch Bekanntmachung vom 3. ds. Mts. ist der hiesigen Bevölkerung Gelegenheit gegeben, Kartoffeln für die Zeit bis zum 6. Januar 1918 schon jetzt einzunehmen.

Einschränkung des Betriebes der Lübecker Straßenbahn. Auf Verfügung der Kriegsamtsstelle Altona wird die Lübecker Straßenbahn am 15. Oktober 1917 damit beginnen, ihren Betrieb einzuschränken.

Außer dem Betrieb der Linie 7, welcher bereits am 1. Oktober d. J. eingestellt wurde, kommt die Linie 11, so weit sie in der Hanfstraße verkehrt, am 15. Oktober 1917 zur Einstellung. Weiterhin erfahren die Fahrpläne sämtlicher Linien, besonders in den Abendstunden, eine Änderung beim Rückzug. Aus demselben Grunde ist es notwendig, die Vergünstigungen für das Militär aufzuheben, während die billigen Fahrpreise für Verwundete selbstverständlich bestehen bleiben sollen. Vom 1. November 1917 ab werden keine Militärfahrpreise mehr ausgegeben.

Das Lübecker Publikum hat für alle bisher getroffenen Kriegsmassnahmen, die ja letzten Endes immer im Interesse der Gesamtheit erfolglos sind, volles Verständnis gezeigt und wird auch in der Beschränkung des Straßenbahnbetriebes eine Kriegsnötigkeit erblicken. Genauere Angaben über Änderungen des Fahrplans, die bis zum 15. Oktober 1917 durchzuführen sein müssen, werden demnächst in den Zeitungen erscheinen.

Verhaftung von Weibern und Weibensölden. Heute ist eine Bekanntmachung in Kraft getreten, durch die unter Aufhebung der bisher angeordneten Einzelverhaftungen alle Weibern und Weibensölden (auf dem Stroh und geschüttelt), Weibensölden und Weibensölden verhaftet werden. Ausnahmen von den Anordnungen dieser Bekanntmachung sind für bestimmte Mindestmengen vorgesehen. Unberührt durch das Inkrafttreten dieser Bekanntmachung bleiben die durch die Bekanntmachung vom 1. April 1917 festgesetzten Höchstpreise sowie die durch die Bekanntmachung vom 15. Mai 1917 angeordnete Meldepflicht und Lagerbuchführung. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

Es wäre schade, Äpfel- und Birnenschalen wegzurufen. Wer sie an der Sonne, im Ofen oder sonstige gut trocknet, erhält in der Sammelstelle Salzspeicher der Kriegsbrotensammlung für 1 Pfund 8 Gutfcheine, die gegen hochwertige Nahrungsmittel eingetauscht werden können. Außerdem nimmt die Sammelstelle an der Luft getrocknete Weißdornfrüchte (Mehlbeeren) entgegen und vergütet für 1 Pfund 8 Gutfcheine. Die Sammlung dieser Abfälle und Früchte ist für die Gewinnung eines bestimmten Tees- und Kaffee-Ertrages dringend erforderlich.

Angelegentlichkeitskrankheiten wurden dem hiesigen Gesundheitsamt im Monat September in 181 Fällen gemeldet. Davon betrafen 182 Fälle (3 tödlich verlaufen) Diphtherie, 25 (6 tödlich) Ruhr, 18 Scharlach, 7 (1 tödlich) Typhus, 8 Masern und 1 Wochensettler.

Hansa-Theater. Man schreibt uns: Die neueste Waise „Die Königin der Luft“ hat auch im Hansa-Theater am Sonntag, dem 7. d. Mts., mit Tanbar-Berlin als Gast in der Rolle des H. B. G. Steinermann vor ausverkauftem Hause einen durchschlagenden Erfolg errungen. Dies hat die Direktion veranlaßt, den Künstler noch zu einem längeren Gastspiel zu verpflichten und wird „Die Königin der Luft“ diese Woche allabendlich, ausgenommen Sonnabend, wiederholt.

Beethovenabend im Hansa-Theater. Auf den am Sonntag, dem 18. d. Mts., stattfindenden Beethoven-Abend Conrad Ansores darf man wohl mit Recht gespannt sein. Gilt doch Ansores für den bedeutendsten Beethoven-Interpreten

der Gegenwart auch über Deutschlands Grenzen hinaus. Neben ein Konzert Ansores lesen wir in einem auswärtigen Blatt: „Ein Erlebnis, das die Seele empörtlich aus allen Rängen des Axtags“. Der Künstler hat für Sonnabend ein erlebnisreiches Programm Beethoven'scher Klaviermusik zusammengestellt, dessen Schluß die berühmte F-moll-Sonate (Op. 37, Appassionata) bildet.

Wandsfel. Bei einer Recepte den Tod gefunden. Die Wäfrige Bertha Lau in Georgenau war zusammen mit dem Arbeitsbureau Pfeiffer beim Strohweiserarbeiten während des Drechens beschäftigt. Der Junge reichte dem Mädchen das Stroh mit der Forke herüber. Hierbei neckte sie sich, indem sie sich Stroh zu- und zurückwarf. Beim Zurückwerfen des Strohes entglitt dem Jungen die Forke und die Zinken trafen die B. über dem linken Auge so unglücklich, daß sie bald darauf starb.

Altona. Zu der Verhaftung der beiden Polizeiergeanten erfahren die „Mt. Nachr.“ noch, daß Steffen sich allgemeiner Beliebtheit erfreute. In der Nacht, als er den Eindruck in die Villa des Schriftstellers Grimm verübte, beging er die Frechheit, dem Wächtermeister zu alarmieren und ihm zu erzählen, er glaube, im Hause Grimm's seien Einbrecher, denn er habe dort Zeichen gesehen; allein wolle er aber nicht ins Haus dringen. Der Wächtermeister folgte ihm darauf. Man fand die Haustür geöffnet, aber Einbrecher sah man natürlich nicht. Der Wächtermeister verließ die Stätte in dem Glauben, daß Steffen sich wohl geirrt habe. Im Gefängnis erhielt Steffen teilweise den „wilden Mann“. Der mitverhaftete Hofermann, der bei seiner Festnahme einen Selbstmordversuch beinahe, hat Steffen angezeigt. Noch ein dritter hiesiger Beamter hat sich ähnlich schwer verhalten. Der im Rathaus beschäftigt gemeine Wächter Stehr hat alle möglichen Sachen aus den städtischen Bureaus zusammengehohlet und sie in seiner Wohnung aufgestapelt. Stehr steht im Verdacht, auch den Raubdiebstahl im Rathaus verübt zu haben. Als er zuletzt im Lebensmittelamt tätig war, hat er außer dem Diebstahl von Lebensmittelkarten auch Dienstreise wiederholt heimlich geöffnet und ihres Inhalts beraubt. Stehr ist kriegsbedingungslos und soll fünf Liebschaften zu gleicher Zeit gehabt haben.

Theater und Musik.

Stadttheater. Die Kaiserin, Operette von Brammer und Grünwald. Musik von Leo Fall. Es sind drei bewährte Operettenkriteranten, die sich zusammenschließen haben, um dem Publikum „Die Kaiserin“ zu beschreiben und man tut ihnen gewiß kein Anrecht, wenn man behauptet, daß sie keinen Schritt vom gewohnten ausgehenden Weg abgewichen sind. Man weiß schon aus Erfahrung, daß es sich um Maria Theresia von Österreich handelt, wenn eine Kaiserin auf die Bühne gebracht wird; wie sie liebt, leidet, eifersüchtig war und sich dann wieder ausföhnte, bildet die Unterlage für den reichlich wässerig gerateten Text, zu dem Leo Fall eine nicht ungefüllte, ganz hübsch gearbeitete Musik geschrieben hat. Natürlich sind auch einige „Schlager“ vorhanden. Aber was in der Hauptache fehlt ist der Humor, die frohe Laune und Ausgelassenheit, ohne welche eine Operette doch recht ideal bleibt. Dagegen bietet diese Gelegenheit zur Entfaltung hübschen Brunkes, glanzvoller Ausstattung

an Kostümen usw. So etwas steht das Publikum gern und da Herr Schwois gut als Regisseur für die Befriedigung dieses Schaubedürfnisses in trefflichster Weise gesorgt hat, so wird wohl von der Theaterleitung erhoffte zahlreiche Besuch nicht ausbleiben. Im Mittelpunkt der Aufführung stand Fräulein Brabst als Maria Theresia. Sie war im Spiel und Gesang wirklich fesselt und anmutig und entwickelte dabei sowohl natürliche Lebenswürdigkeit und Charme, daß ihr dafür uneingeschränkte Anerkennung zu sollen ist. Herr Rogland ist noch kein Operettensänger, der sich sicher und wirkungsvoll auf der Bühne zu bewegen weiß. Gelegentlich schien es, als wenn er über einen zwar nicht großen aber ganz sympathischen Tenor verfügt. Die Hofmeisterin Fräulein wurde von Fräulein Trebe zu einer famosen Figur gemacht, als deren wirkungsvolles Gegenstück der Kaiser des Herrn Pauli anzusprechen war. In der äußeren Erscheinung sehr vorteilhaft war die Prinzessin Bichette des Fräulein Gröger; auch sie scheint nach ihrem Spiel und Gesang noch keine längere Bühnenerfahrung zu besitzen. Ein ulkiges Trio bildeten die verschleierten Gefandten der Herren Harold, Larnow und Baumgarten. Somit bemühten sich noch in weniger hervorragenden Rollen die Herren Nickel und Schmeisgut um den Erfolg der Operette, zu dem auch die Leistungen des Chores und des Balletts beitragen. Herr Kapellmeister Dr. Reich dirigierte. Am Schluß gab es viel Beifall und Blumen. P. L.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 9. Oktober. (Antik.) Im Kermel-Kanal wurden durch eines unserer U-Boote neuerdings vier tief beladene Dampfer versenkt, die alle bewaffnet waren. Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Briefkasten.

P., Groß-Paris. Es dürfte trotz der geschilderten Sachlage außerordentlich schwer halten, die obllie Entlassung des wohl kriegsverwendungsfähigen geschriebenen Sohnes vom Militär zu bewirken. Ist denn schon einmal der Versuch gemacht worden, einen längeren Urlaub für den Sohn zu erhalten, damit er wenigstens die notwendigen Sachen erledigen kann? Wir würden empfehlen, sich event. dieserhalb mit einem behördlich beauftragten Gesandten an das in Frage kommende Generalkommando zu wenden. Nach unserer Meinung hat ein solches Gesandtschafts auf Erfolg. Das Arbeitersekretariat in Lübeck, Johannstraße 48 partierre, werktätlich geöffnet von 12-2 Uhr und mit Ausnahme von Mittwoch, nachmittags von 6-7 1/2 Uhr, steht der Mutter gerne mit Rat und Tat in dieser Sache zur Seite. — Ihr Brief war übrigens unfrankiert und hat uns 25 Pfennig Strafporto gekostet.

Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Nachbargebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Lüwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Meldungen von Dachkupfer und Blitzableitern.

(Zur Ausführung der Bekanntmachung Nr. M. 2001. 17. K. R. A. des Herrn stellvertretenden kommandierenden Generals vom 9. März 1912: Lübeckische Anzeigen Nr. 114.)

Zeit dem 9. März sind beschlagnahmt:

A. alle Kupfermengen — auch wenn verzinkt oder mit einem anderen Ueberzug versehen —, die bei folgenden Bauarbeiten verwendet sind:

Gruppe 1: Dachflächen, Fenster- und Gefäßabdeckungen, Abdeckungen von vorgebauten Dachfenstern und Dachluken, Klappen von Dachrinnen, alles in einfacher Ausführung und von einfacher Form;

Gruppe 2: wie Klasse 1, jedoch in komplizierter (kassierter, ornamentierter und geriebener) Ausführung und von komplizierter Form;

Gruppe 3: Dachrinnen und Abfallrohre;

Gruppe 4: montierten Blitzschutzanlagen;

B. alle Blattteile von montierten Blitzschutzanlagen.

Ausgenommen von den Bestimmungen dieser Bekanntmachung sind alle in § 2 dieser Bekanntmachung genannten Kupfermengen, welche sich befinden:

- a) in Anlagen, deren Herstellung oder Andringung vor dem Jahre 1850 erfolgt ist;
- b) an populärlichen und dergleichen Instituten, bei denen wegen der magnetischen Störungen Eisen für den Bau überhaupt ausschlagend und Kupfer verwendet wurde;
- c) an Leuchttürmen.

Diese Gegenstände sind der Polizeistelle, Wangstraße 4, bis zum 10. Oktober d. J. auf amtlichem Vordruck zu melden.

Was zu melden sind diejenigen Kupfer- und Blattmengen, für welche dem Betroffenen bis zum 10. d. Mts. eine Entzeignungsanordnung des Polizeiamtes ausgestellt.

Wer die Meldung nicht rechtzeitig, nicht vollständig oder unrichtig erhebt, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1000 Mk. bestraft; nachträgliche Beiträge können dem Staat verfallen.

Auf dem Meldendruck ist der noch ungedeckte Bedarf an verzinktem Eisenblech für Blattteile anzugeben.

Lübeck, den 5. Oktober 1917.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Verzehrungsucker.

Im Schluß an die Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 20. September 1917 wird hierdurch bekanntgegeben, daß vom 10. Oktober 1917 an nur die Abteilungen Q I-IV des Lebensmittelsamts:

125 Stamm Zucker oder Sandie

für die Verkaufserfolge und eingenommen werden können.

Lübeck, den 10. Oktober 1917.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung

betreffend den Verkauf von Süßstoff.

Bezugnehmend auf die Bekanntmachung des Polizeiamtes vom 20. September 1917 wird hierdurch bekanntgegeben, daß vom 10. Oktober 1917 an nur die Abteilungen Q I-IV des Lebensmittelsamts:

125 Stamm Zucker oder Sandie

für die Verkaufserfolge und eingenommen werden können.

Lübeck, den 10. Oktober 1917.

Das Polizeiamt.

Das Polizeiamt Nr. G 2421. 17. K. R. A. betreffend

die Bekämpfung von Ungeziefer, insbesondere von Ratten und Mäusen, ist vom 10. Oktober 1917 an durch den oben

genannten Sammelstellen, sowie durch die Sammelstellen

in Lübeck, den 10. Oktober 1917.



Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Lübeck.

Als weitere Opfer dieses mordenden Weltkrieges fielen unsere Kollegen

Joh. Rieper, Lübeck

Carl Werner, Lübeck

Franz Schwentutowsky,

Travemünde

Wilh. Nehls, Selmsdorf.

Wir werden denselben stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Zweigvereinsvorstand.

Lübeckische Beleihungskasse für Hypotheken.

Geschäftsstelle: (3065) Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Viel Geld zahle

für alte Briefe aus den 40er und 50er Jahren, welche mit Marken versehen sind. Nach Zahlung durch eingeschrieb. Brief werden sofort Höchstpreise gegen Zurechnung.

H. Bogen in Köln a. Rh., Poststr. 5.

Zentralverband der Zimmerer!

Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, d. 11. Oktober

abends 8 Uhr

im „Gewerkschaftshaus“

Johannisstraße 59-62.

Tages-Ordnung:

1. Fortschritt vom 3. Quartal.

2. Winterferien.

3. Umlage-Kontributionen.

4. Neuwahl.

5. Entschuldig.

Das nächste und nächste

Einladung ergeht

Der Vorstand.

Glascheiben

aller Art off.

C. Landhuis, Glashandlg.,

Fleischhauerstr. 35, Fernr. 2805.

Hansa-Theater.

Heute abend 7 Uhr:

Die Königin der Luft.

Große Posse mit Gesang und Tanz v. Reinmann u. Schwartz.

Stadttheater.

Mittwoch, den 10. Okt. 1917

Anfang 7 Uhr:

Die Kaiserin.

Donnerstag, den 11. Okt. 1917:

Anfang 6 1/2 Uhr:

Gastspiel von Gertrud Steinweg, Berlin:

Lohengrin.

Elsa - Gertrud Steinweg.

Freitag, den 12. Oktober 1917:

Anfang 7 Uhr

Der Barbier v. Sevilla

Sammelt

- Äpfel- und Birnenschalen, getrocknet, für 1 Pfund = 8 Gutfcheine.
- Weißdornfrüchte (Mehlbeeren) getrocknet, für 1 Pfund = 3 Gutfcheine.
- Eicheln, waldbreisch für 1 Pfund = 2 Gutfcheine.
- Kastanien, schalentrocken für 1 Pfund = 2 Gutfcheine.
- Frauenhaar, ausgekämmtes für 100 Gramm = 30 Gutfcheine.

Gegen Wiedereinführung von Gutfcheinen ist bei uns zu haben:

- Marmelade . 1 Pfund für 35 Gutfcheine.
- Käse 1/4 " " 50 "
- Nährhefe . . 1/4 " " 50 "
- Kakao 1/5 " " 80 "
- Kaffee-Ersatz 1/5 " " 75 "

Kriegs-Brotensammlung

Sammelstelle: Salzspeicher (Hofstentor).

Geöffnet wochentags von 9-1 Uhr und von 3-5 Uhr.

3071

Konsumverein für Lübeck u. Umgegend.

c. G. m. b. H.

Unsere werten Mitglieder machen wir darauf aufmerksam, daß durch die Verordnung des Polizeiamts vom 27. September

auch am Sonnabend

der 5-Uhr-Eadenschluß vorgeschrieben ist. Wir bitten bei den Einkäufen hierauf Rücksicht zu nehmen.

3081

Der Vorstand.

Drucksachen aller Art

fertigt an

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.

Deutscher Reichstag.

(Schluß des Berichtes aus dem Hauptblatt.)

Abg. Mertin (D. Fr.) verlangt, daß schleunigst das Verfahren gegen die Abgeordneten der Unabh. Soz.-Partei eingeleitet werde und verteidigt die Haltung der Vaterlandspartei.

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Der Reichstanzler sagte, die dematerialisierten Matrosen hätten sich zu den Grundzügen der Unabhängigen Sozialdemokratie bekant. Für diese Grundzüge treten aber seit Jahrzehnten Millionen ein und kein Staatsanwalt hat Anlaß, dagegen einzuschreiten. Es wird den verurteilten Matrosen vorgeworfen, sie hätten Flugblätter verbreitet. Diejenigen, die Dittmann ihnen gegeben hat, sind legale Schriften, die durch die Zensur gegangen sind. Die merkwürdige Auffassung ist hier ferner gestellt worden, weil hier ein Verdacht gegen uns ausgesprochen ist, sollten wir die Immunität aufgeben. Zunächst hat der Staatssekretär nur gesagt, die Angeklagten hätten angegeben, sie hätten Beziehungen zur Unabhängigen Sozialdemokratie gehabt. Nichts ist vorgebracht worden, das irgendwelchen Verdacht rechtfertigen kann, es könnte ein Verfahren gegen uns eingeleitet werden. Und mit Recht hat Kaumann hervorgehoben, daß längst ein Verfahren eingeleitet worden wäre, wenn die Möglichkeit dazu vorläge. (Sehr richtig! bei den Unabh. Soz.) Aber auch sonst kannten wir die Immunität nicht aufgeben, denn sie ist kein persönliches Recht des Angeklagten, das er nach seinem Willen preisgeben kann.

Dem Kanzler muß ich aber noch bemerken, ich empfinde es als ein schweres Unrecht gegen die Angeklagten, daß wir nicht als Zeugen vorgeladen worden sind. (Lebh. Zustimmung bei den Unabh. Soz.) Wir wären in der Lage gewesen, manches auszusagen, was mit dem Leben verbunden wäre und wir hätten den jungen Menschen vor dem Tode bewahren können. Der Reichstanzler hat Entwürfe zwischen sich und unserer Partei gezogen. In diesem Falle hätten die Behörden nicht die Hinten der Menschlichkeit ausschalten können. Reichwig ist am 30. August verurteilt worden. An diesem Tage hat er an seine Eltern, fromme Mitglieder der Baptistengemeinde in Neuföhren, bewegliche Abschiedsworte gerichtet. Die Eltern haben diesen Brief nicht bekommen, sondern nur erfahren, daß das Todesurteil vollstreckt worden ist, und zwar haben sie das nicht amtlich erfahren, sondern durch einen Umläuter. (Undauernde Umrufe bei den Unabh. Soz. Rufe: Woi, schamlos.) Am 5. September ist das Urteil vollstreckt worden, und den unglücklichen Eltern ist jener Brief erst am 14. September übergeben worden. Da sollten doch die Herren und die, die hinter ihnen stehen, an ihre Brust schlagen und sich nicht erkühnen, solche hofflosen Beschlüssen gegen eine Partei einzuleiten. Aber ihr Zweck ist klar. Sie haben hier so schwere Niederlagen erlitten, sie sind durch die antichristliche Reichsmittel in betriebene Propaganda so bloßgestellt worden, daß sie das Bedürfnis empfunden haben, von diesen schamhaften Tatsachen abzulenken. (Lebh. Zustimmung bei den Unabh. Soz.)

Reichstanzler Dr. W. A. L. S.: Die beiden Männer sind von einem Gerichtshof verurteilt worden, der selbständig zu entscheiden hat und zwar der eine wegen militärischen Auftrages, der andere wegen Aufstandsregung. Wer als Zeuge in einem solchen Verfahren vernommen wird, unterliegt nicht irgend einer Entscheidung des Reichstanzlers und des Staatssekretärs des Reichsmarineamts. (Zuruf bei den Unabh. Soz.: Justizmord!) Einspruch muß ich erheben dagegen, daß nichts erwiesen sei über den Verkehr zwischen den betreffenden beiden und dem Abgeordneten Haase, was irgendwie einen Schatten von Schuld auf ihn und seine Partei wirft. Der Staatssekretär hat ja die Aussage des Mannes verlesen, wonach er in eine Agitation verwickelt war, deren Zweck es war, den Gehorsam zu verweigern, und zwar als Rädelsführer. (Widerpruch bei den Unabh. Soz.) Das hat er selbst zugestanden und mit dieser Schuld im Herzen ist der Mann hergetreten und hat sich hier weiteres Agitationsmaterial besorgt. (Lärmende Zurufe bei den Unabh. Soz.) Und nach den eigenen Mitteilungen der Herren ist ihm Agitationsmaterial gegeben worden. (Zurufe bei den Unabh. Soz.: Was für Material?) Es handelt sich um weiteres Agitationsmaterial zur Agitation für die Unabhängige Sozialdemokratie, und lediglich dieser Zusammenhang ist vom Staatssekretär als das bezeichnet worden, was vorliegt. (Zurufe bei den Unabh. Soz.: Das ist ja Kinderrei und Unerhörtes.)

Abg. Dittmann (Unabh. Soz.): Der Reichstanzler hat festgestellt, daß die betreffenden Personen von mir Agitationsmaterial für die Unabhängige Sozialdemokratie erhalten hat. Das ist in hunderterten von Fällen geschehen, jedoch ist mich des Einzelnen kaum noch entinnen kann. Dieses Mannes entfinne ich mich, weil unsere Gespräche an seine Beschwerden über die Behandlung und Beförderung anknüpften. Der Mann erklärte, er

lese die Zeitungen der Unabhängigen Sozialdemokratie. Es ist ihm gesagt worden, es gibt Regierungsstellen, die bemittelt sind, darauf hinzuwirken, daß alle Parteien nach dem bekannten Kaiserwort gleich behandelt werden; aber beim Militär und in der Marine wird dem systematisch entgegengewirkt und deshalb solle er sich in acht nehmen, damit man nicht verlasse, ihm daraus einen Strich zu ziehen. Wenn der Staatssekretär einen weiteren Zusammenhang konstruiert, so muß er den Beweis dafür erbringen. Von der Arbeiterklasse werden diese armen Matrosen als Märtyrer betrachtet werden (Lebh. Zustimmung bei den Unabh. Soz.), ihre Verurteilung wird in den Annalen dieses Krieges fortleben als ein ganz jämmerlicher, elender Justizmord.

Abg. Graf Westarp (R.): Weider dem Abg. Trübmann noch Kaumann kam ich darin zustimmen, daß die Äußerungen des Reichstanzlers über die Unabhängige Sozialdemokratie unverzeihbar mit der Äußerung des Kaisers vom 4. August 1914 sei. Diese Matrosen haben Hoch- und Landesverrat begangen und mit den Vertretern der Unabhängigen Sozialdemokratie den Plan der Sozialdemokraten unsere Flotte wehrlos machen. Dazu kommt ihre seit Jahr und Tag betriebene Politik, die Verweigerung der Mittel für unsere kämpfenden Truppen und ihre Reden, die das Vaterland aufs schmerzhafteste schädigen. (Erneute Zurufe bei den Unabh. Soz.) Es ist berechtigt, wenn der Reichstanzler erklärt hat, daß Beamten eine Betätigung für diese Partei nicht zu gestatten ist und daß die Agitation für sie im Meer und in der Marine nicht gebildet werden kann.

Die Diskussion schließt. Der Antrag der Unabhängigen Sozialdemokraten zu erklären, „die Behandlung der Interpellation durch die Regierung entspricht nicht der Auffassung des Reichstages“ wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Unabhängigen Sozialdemokraten abgelehnt.

Es folgt der Bericht des Ausschusses „über die auswärtige Politik.“

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Wir stehen nach wie vor auf dem Boden der Friedensbindung des Reichstages vom 19. Juli. Die gütigstgemeinten Anklagen, die Präsident Wilson unter heuchlerischer Maske gegen das deutsche Volk gerichtet hat, weisen wir mit Entschiedenheit zurück und erbitten uns jede Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten. Das großartige Programm, das Graf Czernin über den Aufbau einer neuen Weltordnung verhandelt hat, zeigt, daß diese idealen Gedanken nicht mehr lediglich bei Philistophen zu finden sind. Nach den Erfahrungen dieses furchtbaren aller Kriege sollte man in allen Völkern die Ueberzeugung erwarten, jetzt sei es an der Zeit, von philistophischen Worten zur Tat überzugehen. An unseren Feinden liegt jetzt die Entscheidung, der Reichstag wird eine weitere Friedensangebot nicht machen. Unsere Kraft ist ungebrochen, wir wissen, daß wir durchhalten können. Der Reichstanzler hat sich der Auffassung der Reichstagsmehrheit durchaus angeschlossen. Wir brauchen gegenüber dem Ausland Einigkeit, Wahrheit und Klarheit. Der Regierung steht die Führung zu, wir sind bereit, ihr zu folgen, aber nur wenn sie einig und stark ist. (Lebh. Beifall im Zentr.)

Staatssekretär des Auswärtigen v. Kühlmann: Peru und Uruguay haben den Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit uns beschlossen. — Das Kohlenabkommen mit Holland ist so weit gefördert, daß nur noch wenige Formalien ausstehen. — Die Bemühungen des Papstes um die Annäherung eines Gedanken-austausches der feindlichen Mächte haben seit unserer Beantwortung der päpstlichen Note einen wesentlichen Fortschritt nicht gemacht. Graf Czernin hat auf neue die Bereitwilligkeit der Zentralmächte für einen ehrenvollen Frieden betont und in großzügiger, weit über den Tag hinausblinder Weise auf die Grundlagen hingewiesen, auf denen vielleicht einmal das neue Europa aufgebaut werden könnte. Aber die Rede des englischen Marineministers Churchill, des genialen Führers der englischen Armee nach Antwerpen, zeigt ihn von dem neuen Geist recht wenig berührt. Asquith hat dann gesagt, daß die Zurückgabe Elsaß-Lothringens in die gleiche Linie gestellt werden müsse mit der belgischen Frage. Er hat damit die Lage so charakterisiert, wie sie sich mir nach allem, was ich aus sonstigen Quellen erfahren habe, mit vollkommener Deutlichkeit darstellt. Die Frage, um welche heute die Völker Europas noch kämpfen, ist nicht in erster Linie Belgien. Die Frage, um die Europa mehr oder weniger in einen Schutthaufen verwandelt wird, ist die Zukunft Elsaß-Lothringens. England hat sich Frankreich gegenüber diplomatisch verpflichtet, solange mit seiner gesamten Staatsgewalt und mit seinen Waffen für die Rückgabe Elsaß-Lothringens einzutreten, als Frankreich selbst an dieser Forderung festhält. (Hört, hört!) Dieser Lage

gegenüber ist es angebracht, die deutsche Stellung ruhig, klar, aber auch fest zu umschreiben. Auf die Frage, ob wir in bezug auf Elsaß-Lothringen irgendwelche Zugeständnisse machen werden, haben wir nur die eine Antwort: Nein, niemals. (Lebh. Zustimmung.) Solange eine deutsche Faust die Klinge halten kann, kann die Unversöhnlichkeit des Reichsgebietes nicht Gegenstand irgendwelcher Verhandlungen oder Zugeständnisse werden. Elsaß-Lothringen ist Deutschlands Schild und das Symbol deutscher Einheit. (Bravo!) Eine solche Klarstellung kann dem Aufkommen eines ehrlichen Friedenswillens in der Welt nicht schädlich sein. Wofür wir stehen, sind nicht phantastische Eroberungen, es ist die Unversöhnlichkeit des Deutschen Reiches. (Lebh. Beifall.) Soweit ich die Weltlage zu überblicken imstande bin, gäbe es außer dem französischen Wunsch nach Elsaß-Lothringen kein absolutes Hindernis für den Frieden (Hört, hört!), keine Frage, die nicht durch Beratungen und Ausgleich derart gelöst werden könnte, daß die Aufwendung von soviel Blut und so ungeheurer Mittel sich vor den Völkern und der Geschichte rechtfertigen ließe. Eine irrtümliche Auffassung ist es, als ließe sich durch öffentliche Erklärungen von der Rednertribüne die politische Lage noch wesentlich fördern. Solche öffentlichen Erklärungen müssen einfach sein und alle sichwebenden Fragen sind so gegenseitig verknüpft, daß ihnen eine solche Erklärung nur in beschränktem Maße gerecht werden könnte. Unsere Feinde haben ja noch nicht einmal ihre Friedensziele in einer Weise kundgegeben, die auch nur annähernd den bestehenden Tatsachen gerecht würde. Sie haben lediglich vollkommen utopische Maximalforderungen verhängt, die nur durchgeführt werden könnten nach völliger Niederringung Deutschlands und aller seiner Verbündeten. (Sehr wahr!) Demgegenüber ist unsere Politik real und nüchtern und rechnet mit den gegebenen Tatsachen. Wenn sich die Gegner so stellen als könnten sie keine Klarheit über die deutschen Kriegsziele bekommen, so ist das Heuchelei. Unsere Note an den Papst kann für jeden, der hören und verstehen will, keinen Zweifel über die wesentlichen Grundlagen des deutschen Friedensprogramms lassen. Die auswärtige Politik kann nur erfolgreich sein, wenn sie getragen ist von der Zustimmung des Volkes und seiner großen Masse. (Bravo! links.) In dieser ersten Schicksalsstunde ist jeder mitternachts, unserer auswärtigen Politik die Wucht und Geschlossenheit zu geben, die sie braucht, um den Sieg und den Frieden zu erreichen. (Lebh. Beifall auf allen Seiten des Hauses.)

Abg. Dr. Graubauer (Soz.): Die Rede des Staatssekretärs war von großer Bedeutung. Man muß sich danach mit der Tatsache abfinden, daß vor allem England zum Frieden noch nicht bereit ist. Es sind in der Tat ausschweifende Pläne, die England noch immer verfolgt. Die verfeinerten Forderungen von Asquith gehen auf nicht weniger als auf die Vernichtung Deutschlands hinaus. Er fordert ein Groß-Rumänien, ein Groß-Serbien, d. h. die Zerstückelung Oesterreich-Ungarns. Befreien will England, allerdings nur auf Kosten seiner Kriegsgegner; daran, den von ihm selbst unterworfenen Völkern die Freiheit zu geben, denkt es nicht. Unter diesen Umständen sagen auch wir Sozialdemokraten, in der Verteidigung unseres Landes müssen wir ausharren. (Bravo!) An eine Auslieferung von Elsaß-Lothringen denkt bei uns in Deutschland niemand. (Sehr richtig!) Die Franzosen sollten sich endlich das Wort fautes zu eigen machen, der im April 1911 sagte: „Eine auf deutsch-französische Verständigung gerichtete Politik würde die Demokratisierung Deutschlands beschleunigen. In diesem demokratischen Deutschland könnte Elsaß-Lothringen eine Autonomie erhalten, die ihm erlaubt, seine französischen Erinnerungen zu pflegen und die Kultur der beiden verbündeten Völker harmonisch zu verschmelzen.“ (Sehr gut! bei den Soz.) Wir unsererseits müssen jedenfalls aus diesem Kräfte die Folgerung ziehen, daß für Elsaß-Lothringen die volle Selbstverwaltung eingeführt wird. Möge der Reichstanzler alle Kräfte einsetzen, um die bekannten Widerstände gegen eine solche Regelung zu überwinden. (Bravo!)

In Rußland haben sich die Verhältnisse leider nicht so entwickelt, wie wir gehofft haben. Es ist der englischen Diplomatie gelungen, Rußland am Zügel zu halten und es keinen Zweck nutzbar zu machen. Aber es sind auch von deutscher Seite Rußland gegenüber schwere Fehler gemacht worden. Nach den heutigen Erklärungen des Staatssekretärs v. Kühlmann hoffen wir, daß solche Fehler in Zukunft nicht wieder gemacht werden. Herr v. Kühlmann hat sich heute mit erfreulicher Klarheit ausgesprochen, im Gegensatz zu den bisherigen Erklärungen des Reichstanzlers. Die Noten unserer Regierung waren gut, aber die Mühe, die nach dem Taktloss des Reichstanzlers bisher dazu gemacht wurde, war herzlich schlecht. (Sehr wahr! bei den Soz.) Nach der heutigen Rede des Herrn v. Kühlmann ist festzustellen, daß es außer Elsaß-Lothringen weder im Osten noch im Westen

Der Nachrichten.

Kulturhistorische Novelle von Levin Schücking.
8. Fortsetzung.

5.

Der Scharfrichter war noch eine Stunde bei dem Gefangenen geblieben, dessen Freund er in kurzer Spannung Zeit geworden, dann war der Gefangene, der schon die Morgenstunden mit dem Gefangenen zugebracht, zurückgekommen und hatte Brandt'sch fortgebracht.

Der Meister hielt sich die übrige Stunden still in seiner Kammer, bis er gerufen wurde. Es lag eine große alte Bibel da, in der er zu lesen versuchte, um über die langen schleichenden Minuten fortzukommen. Aber es wurde ihm unmöglich, seine Gedanken daran zu fesseln. Den Kopf auf die Hand gestützt, dachte er gedankenvoll die Wände an. Es überkam ihn ein Gefühl unendlicher Niedergeschlagenheit. Er dachte an sein krankes Kind, an des armen Gefangenen Schicksal, an sein eigenes. Die Minuten schlichen langsam, aber sie schlichen — sie waren endlich verkommen: die verhängnisvolle Stunde schlug — und als die Schloßtür dann eine halbe Stunde später wiederum schlug — da war alles vorüber!

Der Kommandant kehrte aus dem Hofe, wo zwischen einer Soldatenkette die Exekution stattgefunden hatte, in sein Zimmer zurück. Brandt'sch, der ihm gefolgt war, trat hinter ihm ein. Beide sprachen nicht. Der Kommandant ging an seinen Schreibtisch, Brandt'sch blieb an der Tür stehen. Eine Weile schrieb der Offizier, unterlegte dann das Blatt und schloß eine Ledertasche auf. Er nahm vier Goldstücke daraus und legte sie samt dem Papier auf eine Ecke des Tisches hin.

„Nehmt das, Meister, sagte er dann. „Ihr habt nun einen Urlaub. Könnt gehen. Wollt hoffen, daß wir euch so bald nicht wieder sehen. Wird mit mir kommen, wenn ich euch sehe, der Teufel weiß es!“

Brandt'sch nahm schweigend das Zeugnis und den Blutlohn. Dann sagte er:

„Ich habe noch eine Bitte an den Herrn Oberstwachmeister.“

„Eine Bitte? — was ist's?“

„Daß der Herr Oberstwachmeister die Gnade hätte, mir ein Pferd geben zu lassen.“

„Ein Pferd will er?“

„Ich will es bis morgen Abend wohlbehalten zurücksenden.“

„Was will er mit dem Pferd?“

„Möglichst rasch heimkommen — ich habe auf der Herreise gesehen wie schlecht die Wege sind und ich muß eilen.“

„Eilen, wozu?“

„Ich habe ein schwerkrankes Kind dabei.“

„Soll ihn der Teufel mit seinem Pferd und seinem Kind — ich hab' kein Pferd für ihn.“

„Ich reit' es gewißlich nicht aufhänden.“

„Ja, glaub's schon — aber er bekommt's doch nicht: und man geh er.“

„Herr Oberstwachmeister, ich muß ein Pferd haben, und wenn Sie's nicht beschlehen, daß mir eins geliefert werde.“

„So bekommt er keins — ja, ich glaub's schon,“ fiel der Kommandant höhnisch ein. „Soll ich etwa eines von meinen hergeben, oder von den Dienstpferden, daß hernach ein Schänderzög daraus wird, auf das kein ehrlicher Christenmann mehr sich setzen will?“

„Wenn Sie wüßten, wie sorgenvoll und bekümmert ich um mein armes Kind bin —“

„Brandt'sch, sei er vernünftig und —“

Der Scharfrichter, der zu sehr unter dem Einfluß dessen stand, was er oben erlebt und selbst vollbracht, um ruhig und gleichmütig alle diese Reden über sich ergehen zu lassen, wollte antworten, als draußen im Hofe eine Bewegung um einen ehest in die Festung einreitenden Mann entstand, der, als er den Mantel auseinanderzschlug, um abzutreten, die herzogliche Offiziersuniform gewahren ließ.

Der Kommandant war bei dem ersten Geräusch der Hufschläge ans Fenster getreten.

„Da ist wieder joddy ein verfluchter Kabmettsbote — diesmal ist's ein Adjutant des Herzogs selber — der Teufel hole sie alle,“ brummte der Oberstwachmeister halb vernachlässigt, — „was der nun wieder bringt!“

Der Adjutant des Herzogs kam, von einem Soldaten geführt, die Stiege herauf. Brandt'sch wandte sich schweigend zum Gehen.

„Meißt, Meister,“ sagte der Kommandant, „s'wär' möglich, daß wir euch gleich wieder nötig hätten — wollt's aber nicht hoffen!“

Der Adjutant trat ein und meldete sich als Leutnant Fredsberg vom Leibbataillon, betraut mit einem speziellen Auftrag des gnädigsten Herrn.

„Und was habt ihr für einen Auftrag, Leutnant Fredsberg?“ fragte der Oberstwachmeister.

Der Offizier reichte dem Kommandanten eine Depesche, und während dieser sie erbrach, sagte er:

„Ich soll mich zu dem Gefangenen Nummer Fünfehn führen lassen und diesen dazu bewegen, daß er einwilligt, in das neuformierte Bataillon einzutreten, welches die andere Woche nach Holland abmarschiert, um dort nach Batavia eingeschifft zu werden.“

„Was?“ — rief der Kommandant aus, „zu dem Gefangenen Nummer Fünfehn? — Nummer Fünfehn? — waschening, da

steht es,“ fuhr er fort, in die aufgerissene Depesche blickend.

„Aber ni dazier Teufel Namen, Herr... das ist ja um verrückt zu werden!“

„Herr Oberstwachmeister — der ist ja vor einer Stunde gefloht! — Und man soll er nach Batavia?“

„Gefloht?“

„Da steht der Scharfrichter — da sieht er noch, der ihn in die andere Welt geschickt hat — gestern nachmittag ist mir seiner Durchlaucht Spezialbefehl zugekommen — wo ist der verdammte Witz — da könnt ihr's lesen, Fredsberg — das ist ja eine vermaledeite Geschichte!“

Der Leutnant starrte das Papier an, welches der Kommandant bald gefunden und zornig vor ihn hingeworfen hatte.

Dann erhob er sein ein wenig bleicher gewordenes Gesicht, und zu dem Kommandanten aufblickend, sagte er:

„Das ist unerklärlich — das ist eine verzweifelt mangenehme Geschichte für uns.“

„Für uns?“ schrie der Kommandant, „den Teufel auch, Herr Leutnant! Ich habe dem Herzog mit meinem Kopfe für die strikte, augenblickliche Ausführung seiner Befehle.“

„Aber dies ist offenbar ein Mißverständnis — es muß ein Versehen mit den Nummern in der Kabinettkanzlei vorgekommen sein.“

„Schlag' das Wetter in die Kabinettkanzlei — möge das Schreiberpapier in die Hölle fahren — Mißverständnis und Schreibfehler, wenn's Menschenleben gilt! Aber was geschehen ist, ist geschehen — melden Sie nur dem Herzog meine Devotion, und ich hätte getan nach seinem Befehl — ich habe es schwärz auf weiß — das Weiterer kümmert mich nicht einen Pfifferling!“

Der Kommandant war in die zornige Aufregung geraten, der Leutnant von Fredsberg stand betroffen da. Meißter Brandt'sch aber, der, wie vom Donner gerührt, dieser merkwürdigen Unterredung bis hierhin zugehört hatte, fühlte sich plötzlich wie von einem inneren Grauen, von einem Entsetzen gepackt, das ihn auf und davon trieb, als wäre der höllische Feind hinter ihm.

Er schlüpfte rasch, ohne ein Wort zu sagen, zur Türe hinaus, ließ die Treppen hinab, quer durch die Höhe in seine Kammer, raffte Mantel und Schwert auf, warf dann das Schwert mit einem plötzlichen Schauer, als wäre es glühendes Eisen, was er angefaßt, weit von sich, daß es klirrend in den Winkel flog, und eilte davon.

Nachdem der diensthabende Unteroffizier die Zugbrücke für ihn niedergelassen, und während sie kränzend und mit Reiten klingelnd langsam wieder in die Höhe gebunden wurde, stürzte Meißter Brandt'sch mit einer Hast den heißen Mauerweg ins Tal hinab, daß die Schildwache oben auf der Bastionseite ihm verwundert nachsah.

(Fortsetzung folgt.)

Brüdergerei!

Die Klagen sind nicht selten, daß für kriegswichtige Betriebe rekrutiert werden, die für die Arbeit in diesen Betrieben gar nicht in Frage kommen können.

Der Herr Reichskanzler bekannt, daß im Stahlwerk Beder u. G. Billig bei Krefeld, kriegsverwendungsfähige Personen aus den sogenannten höheren Gesellschaftsklassen, denen alle Berufs- und Fachkenntnisse für den betriebl. Betrieb fehlen, infolge gesellschaftlicher, verwerflicher und freundschaftlicher Beziehungen zu maßgebenden Personen der Betriebsleitung für den Betrieb in wahrheitswidriger Weise als Leiter oder Arbeiter vom Heeresdienst reklamiert und von der Militärbehörde in auffallend entgegenkommender Weise freigestellt worden sind;

Der Herr Reichskanzler insbesondere bekannt, daß sich unter den solcher Art Reklamierten befinden: 1. der Bruder des Generaldirektors, reklamiert als Leiter des Schmelzbaues, 2. der Bruder eines Werksdirektors, zurzeit in Frankfurt a. M., 3. der Sohn eines Krefelder Arztes, Kompanist von Beruf, reklamiert als Arbeiter, 4. ein Referendar, Freund der Familie des Generaldirektors, reklamiert als Arbeiter, 5. der Mann der Friseurin der Frau des Generaldirektors, reklamiert als Arbeiter, 6. ein Apotheker, Bruder des Unteroffiziers, der auf dem Krefelder Bezirkskommando die Reklamationen für das Stahlwerk bearbeitet?

Aus Nah und Fern.

Der erste Schnee in Sachsen. Wie aus Dresden gemeldet wird, ist in Sachsen auf dem Fichtelberg (Erzgebirge) der erste Schnee gefallen. Die Temperatur ist 4 Grad unter Null.

Zum Erstickungstod verurteilt. Aus Zürich wird berichtet: Am Abend der diesigen Tage der Schaulapf einer aufregenden Tragödie. Spät nachts vernahm man aus einem Hause verzweifelte Rufe und Schreie gegen die Türen der Wohnung.

Wer verschwendet am meisten Papier? Das „Bayer. Vaterland“ (Nr. 224 vom 29. September) schreibt: „Den Zeitungen wird das Papier entzogen, vielleicht aus dem Grunde, damit sie nicht mehr so viel Klatsch für die Reichsanleihe machen können.“

Die natürlichen Wasserkräfte Deutschlands. Zur Spargung von Kohle und zur Schonung der immer kostbarer werdenden Kohlenlager, aber auch zur Beschaffung einer möglichst billigen motorischen Kraft wird die Ausnutzung der natürlichen Wasserkräfte für jedes Land immer mehr zu einer gebieterischen Pflicht.

Die natürl. Wasserkräfte Deutschlands. Zur Spargung von Kohle und zur Schonung der immer kostbarer werdenden Kohlenlager, aber auch zur Beschaffung einer möglichst billigen motorischen Kraft wird die Ausnutzung der natürlichen Wasserkräfte für jedes Land immer mehr zu einer gebieterischen Pflicht.

Thomas erklärte das für eine Erfindung der bürgerlichen Presse.

Thomas berief sich auf den Dänen Borgberg, der ihm mitteilte, daß er die russische Revolution im Namen der deutschen Sozialdemokratie zu einer internationalen Konferenz aufgefordert habe, und daß auch, unabhängig davon, die russische Regierung die ersten Schritte zu einer solchen tat.

Der Ausschuss zur Ausarbeitung einer Entschließung besteht aus 21 Mehrheits- und 17 Minderheitssozialisten.

Rußland.

Das Koalitionskabinet.

Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Amtliche Liste des von Kerenski auf der Grundlage des Uebereinkommens mit den demokratischen und bürgerlichen Parteien neu gebildeten Ministeriums: Sozialistische Minister sind: Kerenski, Ministerpräsident und Oberbefehlshaber; Nikitin, Minister des Innern; Posten und Telegraphen: Maliantowitsch; Justiz: Praskowitsch; Nahrungsmittelversorgung: Amkientew; Landwirtschaft: Swobodor; Öffentliche Arbeiten, Nicht-sozialistische Minister: Tereschenko; Auswärtige Angelegenheiten: Kowalow; Handel und Industrie: Bernakyn; Finanzen: Salakhin; Öffentlicher Unterricht: Kartaschow; Kultus: Kischkin; Öffentliche Unterstützung: Smirnow; Staatskontrolleur: Tretinkow; Präsident des Wirtschaftsrats bei der vorläufigen Regierung; Lwow; Verkehrsminister; General Merichowsky; Krieg, und Admiral Werderowsky; Marine.

Der Petersburger Telegraphen-Agentur wird gemeldet, daß das Vorparlament auf Antrag Tereschenko als Einseitiger Rat der Republik Rußland bezeichnet wird. Es wird das Recht haben, Fragen an die Regierung zu richten, aber keine Interventionen, sowie das Recht für initiale Fragen, die den Staat betreffen, und Verhandlungen über Maßregeln und Entwürfe, die ihm von der Regierung vorgelegt werden.

Der Hauptauschuss der Kadetten setzte einen fünfjährigen Austausch ein, der im Einvernehmen mit den entsprechenden Ausschüssen und den Industriellen Moskows und Petersburgs eine Vertretung der bürgerlichen Parteien für das Vorparlament aufstellen soll, deren Anzahl auf 120 festgesetzt wurde.

Maximalisten

haben im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat die Mehrheit; bei der Bureauwahl wurden vier Maximalisten, zwei Sozialrevolutionäre und ein Minimalist gewählt. Trotsky (Maximalist) wurde Vorsitzender des A. und S.-Rates.

Wirtschaftliche Kämpfe.

Im russischen Petroleumgebiet steht anlässlich der Weigerung der Unternehmer, die Arbeiter und Angestellten nur mit Zustimmung der Arbeiterorganisationen zu entlassen, ein Generalstreik bevor.

Auch ein Eisenbahner-Ausstand ist ausgebrochen. Die Regierung beschloß angeblich, die verlangte Lohnerhöhung zu bewilligen.

Allelei Kriegsnachrichten.

Ueber die päpstliche Friedensvermittlung

melbet „Svobodenska Dagbladet“ aus Paris: Die Pariser Zeitungen veröffentlichen der Wertant eines Briefes, den der Kardinal Gasparri an den Bischof von Valences gerichtet hat und der eine Art von offiziellen Kommentar zur päpstlichen Friedensnote ist. Das Schreiben beschäftigt sich hauptsächlich mit dem von Frankreich geforderten Schadenersatz in Belgien und Nordfrankreich. Die Note des Vatikans lehnt eine Wiederherstellung der Verhältnisse zwar nicht aus, doch wird in derselben auf die großen Schwierigkeiten, die durch die Okkupierung entstandener Verhältnisse richtig festzustellen, hingewiesen. Dann handelt es sich für Frankreich darum, ob es für den Fall, daß es Aussicht hat, Sieger zu bleiben, Interesse daran hätte, den Krieg zu verlängern, und sei es auch um ein Jahr, um vom Feinde Krieg für alle Vorteile an Menschen, Geld und Eigentum in Belgien und Nordfrankreich zu erlangen. Das Räumen der besetzten Gebiete müßte nach der Auslegung des Kardinals Gasparri bald geschehen. Was Eljas-Lotbringen anbelangt, so habe der Papst — so heißt es im Briefe des Kardinals — unmöglich eine Lösung vorschlagen können. Er hat sich auf den Wunsch beschränkt, daß Frankreich und Deutschland im Guten hierüber übereinkommen mögen.

Ein Friedensvorschlag des internationalen sozialistischen Büros.

Dem Kopenhagener „Sozialdemokraten“ wird aus Stockholm gedruckt:

Das Organisationsbureau der sozialistischen Friedenskonferenz hat seit Mittwoch Beratungen abgehalten. Anwesend waren: der Russe Goldenberg, der Belgier Guymans, die Holländer Troelstra, van Kol und Wibaut, der Norweger Böhnes, die Dänen Borgberg und Frau Bang und die Schweden Branting und Köller. Das Bureau beauftragte die neutralen Mitglieder, also das holländisch-lindianische Komitee, auf der Basis der von den vorhergehenden sozialistischen Parteien eingereichten Memoranden eine Verhandlungsgrundlage für die kommende Friedenskonferenz auszuarbeiten. Nach vierstündigen Verhandlungen ist diese Aufgabe nunmehr erledigt. Das Resultat, das in einem umfassenden Aktensind zusammengefaßt wurde, wird in einigen Tagen veröffentlicht werden. Es enthält u. a. positive Vorschläge zur Lösung der belgischen, elfa-lotringischen, polnischen und der Russen-Fragen und äußert sich auch über alle anderen in den Memoranden berührten Punkte. Im Komitee ist vollständige Einigkeit erzielt worden, und man hat die Unterschrift aller anwesenden Mitglieder erreicht. Man glaubt durch den Vorschlag die Aufgaben der Konferenz sehr gefördert zu haben, so daß die Einigung aller sozialistischen Parteien zu einem gemeinsamen Friedensprogramm nun erprobten lassen wird.

Legend ein missliches Friedenshindernis gibt, über das nicht eine Verständigung möglich wäre. Darunter fällt also auch Rußland, Polen, Belgien. In bezug auf unsere Stellung zu Belgien muß völlige Klarheit geschaffen werden. Was wird unser Verhältnis zu den Neutralen verbessert und was auch die Friedensströmung in den feindlichen Ländern fördern. (Sehr wahr!) Dieser Friede wird nicht von den Diplomaten gemacht werden, sondern von den Völkern. (Sehr wahr!) bei den Soz.) Mit Freuden haben wir die Rede des Grafen Czerwin über die Abrüstung und die Schiedsgerichtsfrage begrüßt. Das sind alte sozialistische Anschauungen. Wir werden alles daran setzen, daß wirklich die Lehren aus diesem Kriege in diesem Sinne gezogen werden. Dann wird aus diesem Kriege ein neues Europa entstehen, in dem ein Geist der Kultur und des Friedens herrscht. (Beifall bei den Soz.)

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 10 Uhr. Schluß 7 1/2 Uhr.

Die Kriegslage.

In Flandern veruchten in den frühen Morgenstunden des 8. 10. feindliche Patrouillen in der Gegend von Draibank, südlich von Poel-Capelle und bei Ghelweil vorzudringen. Sie wurden an allen drei Stellen blutig abgewiesen, trotz des fürchterlichen, regnerischen Wetters. Das starke Feuer zwischen Houthouffter-Balde und Dandoorde steigerte sich nachmittags und schwoll zu außerordentlicher Stärke in der Gegend von Passendale und südlich von Molonacresthoeek, setzte sich bis zum späten Abend in gleicher Stärke fort und ging während der Nacht zu schlagartigen Feuerüberfällen über. Von 6 Uhr morgens ab steigerte sich das Störungsfeuer zu stärkstem Trommelfeuer auf der ganzen Hauptkampffront, worauf an der Bahn Boelinge-Staden und nördlich der Straße Menin-Opern neue ernsthafte Angriffe einlegten.

Trotz stehender Wolken und regnerischen trüben Wetters, war die beiderseitige Fliegeraktivität lebhaft. An der Arras-Front war das feindliche Artilleriefeuer in der Gegend von Lens, östlich Monchy und südlich von Fontaine lebhaft.

Auch an der Wisne-Front nahm in der Gegend des Forts Malmation das Artilleriefeuer zu und schaute erst mit Einbruch der Dunkelheit ab. In der Gegend des Forts Melmation und Supincourt brachten unsere Patrouillen aus erfolgreichen Unternehmungen Gefangene zurück.

In der Ost-Champagne folgte kurzer harter Artillerievorbereitung ein stärkerer feindlicher Vorstoß westlich von Tahure, der unter Einbeziehung von Gefangenen im Handgranatenkampf erfolglos abgewiesen wurde. Beiderseits der Maas nahm die Artillerieaktivität zeitweise zu.

In Mazedonien steigerte sich zeitweise das feindliche Artilleriefeuer gegen Dobropolje und gegen unsere Stellungen südlich von Paitan.

Die Heeresberichte.

19. Berlin, 9. Oktober, abends. (Wants.) In Flandern entwickelte sich aus den frühmorgens eine neue Schlacht, die zwischen Draabank, nordöstlich Digoche, und Ghelweil (18 Kilometer) noch andauert. Trotz mehrmaligen Ansturmes beschränkt sich der Geländegegner des Feindes nach dem bisherigen Verlauf auf einen schmalen Streifen zwischen Draabank und Poelcapelle. Im übrigen wurden die Angriffe abgeschlagen. Sonst nichts von Bedeutung.

Wien, 9. Oktober.

Deutscher Kriegsschauplatz.

Bei Kal auf der hochalpine Vainuzze-Steigen Geist wurde gestern früh ein italienischer Angriff unter harten Feindverlusten abgeschlagen. 120 Gefangene und 7 Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Bei Kollanjesizza brachte uns ein erfolgreiches Unternehmen 180 Gefangene ein.

Westlich von Salona wurde ein italienischer Uebergangsbefehl bei Sojucu vereitelt.

Frankreich und Belgien.

Vom Parteitag der französischen Sozialisten.

Aus Bordeaux, 9. Oktober, wird berichtet: In der Parteitagung des Sozialistenkongresses belegte Goudé (Minderheit) die Verweigerung der Hilfe für Stockholm durch die Regierung, erklärte aber für die Kriegskredite die Teilnahme der Partei an der Regierung. Milhaud (Mehrheit) warf den Kienthalern Verbindlichkeitspflicht für die Angelegenheiten der Nation vor, wodurch sie sich mittelbar an der Verdrängerung des Krieges machten. Er erinnerte an Helferichs Erklärung, daß Deutschland besieg sein müsse, wenn es Eljas-Lotbringen herausgibt, und beantragte eine Aufforderung an die neutralen Sektionen der Internationalen, den Fragebogen des holländisch-lindianischen Ausschusses im gleichen Sinne zu beantworten, wie die französische Sektion.

Alexander Blanc (Kienthaler) sprach gegen jede Beteiligung der Partei an der Regierung. Schließlich erklärte Lebas (Bürgermeister von Roubaix), der in deutlicher Selbsteinsicht war, zur Bekämpfung des eindringenden Feindes müßten Kriegskredite bewilligt werden. Sie verweigern, hieße für den König von Preußen arbeiten. Die Internationalen müßte besonders dazu wieder aufgefordert werden, um die deutschen Angreifer vor ihr zu belagern. In seiner Gegend sei man für einen Frieden ohne Annexionen, aber mit einem Krieg für den dort durch den Feind angerichteten Schaden.

In der Nachmittagsung wurde der Antrag der Kienthaler, Kassin Dagens den Vorsitz in der nächsten Sitzung zu übertragen, zu lebhafter Förderung. Renaudel wollte Kassin Dagens diese Ehrengabe einer passiven Agitation nicht einräumen und drohte, als Direktor der „Humanité“ zurückzutreten.

Elles Prevost erwiderte, daß Kassin Dagens sich in der Konferenz zur Zustimmung für die Kredite bereit erklärte. Wenn es um seine Stimme ankomme, könnte er auch dem Kongress präsidieren.

Trotzdem wurde der Antrag mit 1493 gegen 1396 bei 85 Stimmenthaltungen, 22 abwesend, abgelehnt.

Kassins (Minderheit) sprach für die Kriegskredite und die Teilnahme der Partei an der Regierung. Kompaere-Matel rief einen lebhaften Sturm hervor, als er aus dem Lager der Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg mitteilte, daß der Gedanke einer internationalen Konferenz der russischen Sozialisten durch die deutsche Sozialdemokratie ausgegeben worden ist.